



**Die Justizkampagne ist mit
der Amnestie nicht vorbei !**

ERMITTLUNGSPRAKTIKEN

VON POLITISCHER POLIZEI UND JUSTIZ

Am Morgen des 17. Nov. 69 erschien die BZ mit folgender Schlagzeile: "Mit Molotow-Cocktails im Auto gefasst - Unter schwerem Verdacht festgenommen - Sind das die Bombenleger vom 9. November?"

Was war geschehen?

Einen Tag zuvor waren die Genossen Caspari, Jansen und Farkasofsky morgens um 3 Uhr 15 auf einem Parkplatz in Schöneberg festgenommen worden, weil sie "den Eindruck machten, als gehörten sie einer extremen Terroristengruppe an." (später verfasster Polizeibericht des 17. Polizeiviertels in Berlin-Schöneberg) Weil man die Genossen für Terroristen hielt, durchsuchte man ihr Auto und wurde dafür mit 3 Molotow-Cocktails belohnt, die sich in dem Wagen fanden. Nach der Festnahme zeigte sich die Unerfahrenheit der Genossen mit den Methoden der Polizei. Anstatt nämlich, wie es richtig gewesen wäre, jegliche Aussage zu verweigern, versuchten die Genossen, sich mit einer Geschichte aus der Affäre zu ziehen, wobei sie sich erwartungsgemäß mehrmals widersprachen.

Am Vormittag des Tages ihrer Festnahme brachte man sie dann, mit zwei Handschellen aneinander gefesselt, zur politischen Polizei in die Friesenstraße. Dort sperrte man die drei in eine Zelle, sodass sie noch einmal Gelegenheit zu einer Aussage hatten. Diese Tatsache zeigt eine gewisse Dummheit der Polizei, von der leider niemand so recht weiß, wie weit sie geht.

Aber auch die Genossen stellten sich nicht gerade sehr klug an. Sie erdachten sich wieder eine schöne Geschichte, anstatt sich auf's Schweigen zu verlegen. In dieser Geschichte gab es einen Freund von Farkasofsky, der in der Nähe des Ortes der Festnahme wohnte und von dem sich Farkasofsky Geld hatte leihen wollen.

Diese Story war eigentlich gut u. obwohl man sie den Genossen nicht glaubte, wäre es unmöglich für die Bullen gewesen, sie durch Beweise zu widerlegen, aber die Bullen waren diesmal geschickter.

Am Vortrag der Festnahme der drei Genossen hatten sie beobachtet, wie aus dem Auto, das die drei in der darauffolgenden Nacht benutzten, Flugblätter mit der Unterschrift "TW" verteilt worden waren. Wenn sie auch noch nicht wußten, was dieses "TW" hieß, so war ihnen doch sofort klar, daß es etwas mit dem Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus zu tun haben müsse, da auf allen Flugblättern, die den Bombenanschlag behandelten, ein "TW" zu lesen war.

Es war für sie nur zu logisch, daß die drei Festgenommenen etwas von dem Bombenanschlag wissen mußten, wenn sie nicht sogar selbst daran beteiligt gewesen waren.

Da die Genossen dies jedoch leugneten, mußten Beweise her und so wurden der bürgerlichen Presse die Meldung von der Festnahme sowie je ein Foto von den Festgenommenen gegeben. Während Caspari, Jansen und Farkasofsky im Landeskriminalamt auf ihre Vernehmung durch den Haft- richter warteten, bat in Lichterfelde die Freundin von Farkasofsky ihren Vater, bei der politischen Polizei anzurufen, da sie eine Aussage machen wollte.

Sie hatte in der Presse die Schlagzeilen gelesen und plötzlich Angst um ihren Freund bekommen, von dem sie genau wußte, daß er mit dem Bombenanschlag nichts zu tun hatte. Aber sie wußte auch, was er mit den Mollis hatte tun wollen und wie diese entstanden waren. Im Glauben, ihrem Freund helfen zu können, indem sie ihn in der Bombensache entlastete, belastete sie ihn und seine Freunde in der politischen Polizei sehr leicht. Sie waren ausgesucht höflich zu den 17-jährigen Mädchen und versprochen ihm, sich für ihren Freund einzusetzen. Damit war die Story von dem Freund mit dem Geld geplatzt.

Inzwischen verhörte man auch die drei Genossen. Genosse Jansen bekam zu hören, daß Caspari, der mit seinem Studium nicht zurecht kam, und Farkasofsky, der sowieso eine "verkrachte Existenz" war, da er noch nicht einmal einen Beruf hatte, ihn, den kleinen unschuldigen Provinzler zu gefährlichen Spielen verführen wollen, um ihn von da an expressen zu können.

Genosse Farkasofsky bekam, etwas variiert, das Gleiche zu hören: Caspari und Jansen, der eine ein verkrachter Student, der andere ein verunglückter Kaufmann, hätten ihn, der noch eine Bewährungsfrist zu laufen hatte, verführen wollen, um ihn später ebenfalls expressen zu können, wenn es darum ging, neue Anschläge auszuführen.

Es ist müßig zu schreiben, was die Bullen zum Genossen Caspari sagten, da es im Prinzip dasselbe war. Die drei Freunde sollten in üblicher Weise gegeneinander ausgespielt werden und als das nicht klappte, versuchte man es anders.

Freitag, nach ihrer Festnahme, fuhr man die Genossen Jansen und Farkasofsky erneut zu einer Vernehmung in die Friesenstraße. Caspari weigerte sich, eine Aussage zu machen und blieb im Untersuchungsgefängnis.

Zuerst erfuhr der Genosse Farkasofsky von der Aussage seiner "Freunde", nach der er zusammen mit Caspari und Jansen aus leeren Nesaferläsers die Molotow-Cock-

tails hergestellt hatte. Das war ein unheimlicher Schock für ihn. Er konnte sich nicht vorstellen, was seine Freundin dazu gebracht hatte, eine so belastende Aussage zu machen.

Diesen Schock nutzten die Bullen sehr geschickt aus. Sie lasen dem Genossen Farkasofsky Bruchstücke aus den Aussagen seiner Freundin vor und befragten ihn anschließend danach.

Farkasofsky saß ziemlich kaputt auf einem Stuhl und sagte nur immer: "Stimmt." oder "Stimmt nicht."

Am Schluß der Vernehmung unterschrieb er ein Protokoll, daß während der Vernehmung angefertigt worden war und das die Aussagen seiner Freundin bestätigte.

Neinen Tag später konnte man in der bürgerlichen Presse lesen, daß Farkasofsky ein Teilgeständnis abgelegt habe.

Als Farkasofsky das las, merkte er zum ersten mal, welche Dummheit er mit seiner Unterschrift begangen hatte. Er sah jetzt sehr deutlich, daß man sein "Teilgeständnis veröffentlicht hatte, um 1. Caspari und Jansen und 2. um alle sonst noch Beteiligten zu verunsichern.

Viel klüger zeigte sich bei dieser Vernehmung am Freitag der Genosse Jansen: Er verweigerte erst in der Friesenstraße jegliche Aussage. Dadurch erfuhr er, im Gegensatz zu Caspari, der in Moabit saß, wie weit die Ermittlungen inzwischen voran gekommen waren und sagte doch nichts aus.

In der Untersuchungshaft geschah indessen nicht viel. Man hatte die drei Genossen sorgfältig voneinander getrennt und ihnen, wegen der Verdunklungsfahr jegliche Besuche verboten. Die Anwälte der Genossen hatten eine Haftprüfung beantragt und diese fand am Montag, vierzehn Tage nach der Verhaftung statt. Geprüft wurde dabei überhaupt nichts, da alles schon feststand.

Der Genosse Jansen erfuhr vom Untersuchungsrichter lediglich, daß er weiter in Haft bleiben müsse, da Lieschen Müller es nicht verstehen würde, wenn man ihn laufen ließe. So einfach macht man das: Man nimmt drei Leute fest, macht aus ihnen "Kriminelle Anarchisten", teilt das dem vielzitierten Lieschen Müller mit und behält die Drei in Haft, weil Lieschen Müller ihre Entlassung nicht verstehen würde.

Die Genossen Caspari und Farkasofsky bekamen, zu ihrem großen Erstaunen, nichts zu hören. Ihr Erstaunen war nicht zuletzt deswegen so groß, weil ihre Anwälte das Argument "Lieschen Müller" widerspruchsfrei hinhaken.

Farkasofsky, Jansen und Caspari wollten gegen dieses Argument sprechen, wurden jedoch, aus unerklärlichen Gründen, von ihren Anwälten beschwichtigt.

Etwas eine halbe Stunde nach der Haftprüfung erschien die politische Polizei beim Genossen Jansen. Ihr Bedauern über die Fortdauer der Haft war schier unermesslich, aber sie hatten auch einen Trost für Jansen: Sie boten ihm die hohe Belohnung und ein gutes Wort beim Richter an, wenn er endlich einmal was Wichtiges aussagte.

Wichtig, so sagte sich der Genosse Jansen, ist zumindest für Berliner, Herta BSC und so erzhälte er den wackeren Beamten alles, was er über diesen Verein wußte.

Die Belohnung bekam er nicht, aber er kann noch auf das gute Wort beim Richter warten.

Man trifft sich im...

BLIND FAITH

VON 21.00 - 6.00

BERLIN SCHÖNEBERG, LEBERSTR. 27
WADE KAIER WILHELM PLATZ
TELEFON 744 80 90

Bei uns:
Schmalzstulle gratis;
Pils -,-60.
Solide Preise!

Discotheek
Untergrund
Discotheek

ERKLÄRUNG DES PALÄSTINA- KOMITEES

Das Palästina-Komitee hatte sich Anfang September des letzten Jahres konstituiert. Es setzte sich zusammen aus palästinensischen, israelischen, irakischen, persischen und deutschen Genossen. Das PK stellte sich folgende Hauptaufgabe: eine Gegenöffentlichkeit zur einseitigen Berichterstattung der westdeutschen und westberliner Presse über den Nahostkonflikt zu schaffen einerseits, und andererseits durch die Veröffentlichung von Artikeln über den Zionismus sowie über bestimmte aktuelle Ereignisse die mit der Palästina-Problematik in Zusammenhang stehen, und durch Veranstaltungen im RC unter den linken arbeitenden Gruppen Verwirrungen und Unklarheiten zu beseitigen, um eine konsequente internationalistische Haltung in Bezug auf die Palästina-Frage herzustellen.

Von Anbeginn war am sich innerhalb des PK über die verschiedenen politischen Standpunkte bezüglich der Entwicklung im Nahen Osten bewußt. Man konnte sich jedoch auf einen minimalen Konsensus einigen und die notwendige politische Diskussion und Klärung der Standpunkte aufzuschieben, die es vorrangig zu sein schien, die Arbeit sofort aufzunehmen. Als Voraussetzung dieser Diskussion wurde eine genaue Kenntnis der Herrschaftsverhältnisse im Nahostraum angesehen. Zu diesem Zweck begann man mit theoretischer Arbeit in der die sozioökonomischen Hintergründe, die zur Entstehung des arabischen Nationalismus führten, aufgearbeitet werden sollten. Die Arbeit des Komitees, die ziemlich konsequent durchgeführt wurde, erwies sich jedoch für viele Genossen als unbefriedigend. Die Entwicklung innerhalb der palästinensischen Revolution - vor allem die Auseinandersetzung in der PLO zwischen Al Fatha und der FPLP - verschärfte die Differenzen der im PK vertretenen Standpunkte immer mehr. Man kam, daß die Verbindung zwischen der Arbeit des PK und der gesamten Linken in Westberlin nicht mehr zu erkennen war. Die inhaltliche Bestimmung der Palästina-Arbeit in den Metropolen wurde unmöglich. Die Frage der Adressaten, der politischen Grundsätze und der Bündnisse mußte beantwortet werden.

Nach einer eingehenden Diskussion dieser Fragen stellte sich heraus, daß vor allem in der Einschätzung der Rolle der Kleinbourgeoisie und der sowjetischen Politik im Nahostraum eindeutige Differenzen bestanden. Da richtige Weiterarbeit als unmöglich erwies, wurde die Auflösung des Komitees beschlossen. Ein Teil der Genossen des PK setzt die Diskussion fort, erst eine Klärung aller oben genannten Probleme wird die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen.

Palästina-Komitee

Knacki

Eine Kneipe in Moabit

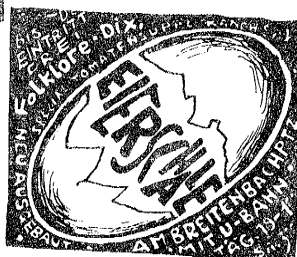
Strasse: Alt Moabit 115

Mit Zwickelsupport-Steak

8-BWU TURKISCH

RV: 90 u. 24

ab 78 21



283/47

Unbefristeter Streik gegen Konzentration in Lagern



KONZENTRATION DER KRIEGSDIENSTGEGNER in Lagern? Die streikenden Ersatzdienstleistenden wollen von der Bundesregierung wissen, ob es in der Bundesrepublik mit solchen Lagerplätzen endgültig vorbei ist. Unser Bild: Das für den Zweiten Ersatzdienst bestmögliche und mit Stacheldraht umgebene Lager Schwarmstedt bei Hannover.

Organisiert den Widerstand gegen die Milita- risierung der Gesellschaft

"Der Kampf gegen den Militarismus verfolgt das Ziel, den Militarismus nach außen und innen für die herrschenden Klassen und gegen das Proletariat untauglich zu machen." Karl Liebknecht

Die Streiks der zivilen Ersatzdienstleistenden (EDL) gegen die Einrichtung von sog. Sammelagern

In der letzten Woche haben die solidarischen Streiks von 50 Ersatzdienstgruppen in ganz Westdeutschland den ersten praktischen Versuch des Staates zu Fall gebracht, die unbekannten Kriegsdienstgegner in Kasernen zu stecken und auf diese Weise ihre politische Tätigkeit zu unterbinden. Der erfolgreiche Widerstand gegen die Kasernierung hat den Militaristen Grashof, Schmeitz & Co. eine Schlappe beigebracht. Der Versuch von Seiten des Staates, den zivilen Ersatzdienst zu militarisieren, besteht darin, einzelne Ersatzdienstgruppen in "Sammelagern" zu kasernieren, um den zunehmenden Politisierung der Ersatzdienstler ein Ende zu bereiten. Dieser vorläufig gescheiterte Versuch stellt nur einen Teil der wachsenden Militarisierung in verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft dar. Militarisierung bedeutet z.B. die Einführung von Wehrkunde als Unterrichtsfach an den Schulen, natur- und sozialwissenschaftliche Kriegsforschung an den Universitäten, kriegsmäßige Ausrüstung der Polizei und allgemeine Dienstverpflichtung aller Arbeiter, wie sie in den NS-Zeiten geplant ist. Innerhalb des Kampfes gegen den Militarismus hat also die Propaganda für Kriegsdienstverweigerung (KDV) nur einen beschränkten Wert, da sie ja gerade einen großen Teil der Widerstandsfähigen vom Eintritt in die Bundeswehr fernhält und somit auf die Entwicklung der Armee als Kampfmittel der herrschenden Klasse gegen die Massen keinen

Einfluß nimmt. Es ist vielmehr die Aufgabe der Sozialisten, das Bewußtsein der Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter und Studenten vor ihrer Einberufung so zu festigen, daß sie den schweren Kampf in der Bundeswehr aufnehmen können. Wir unterstützen die Streikenden Ersatzdienstleistenden also nicht, weil wir eine Propaganda für die KDV betreiben, sondern weil die Kasernierung der vorläufig letzte Schlag der Militaristen gegen eine Fraktion der APO ist. Diese Bande unternahm lange vor der jetzigen Initiative des Staates großangelegte publizistische Versuche, die öffentliche Meinung für die Militarisierung der Gesellschaft und in diesem Fall des Ersatzdienstes einzunehmen und zu manipulieren. Ihre allgemeinen Aufhänger sind "Wehrgerechtigkeit" und "Reform der Bundeswehr". (Darauf wird 1983 in einem gesonderten Artikel eingegangen)

Es hat die Militaristenclique schon immer gefuchst, daß der westdeutsche Staat die Duldung oder Zustimmung zur Remilitarisierung bei den Volkemassen u.a. mit dem Zugeständnis des Rechts auf KDV erkaufen mußte. Es hat sie gefuchst, daß seit 1940 40.000 KDV-Anträge gestellt wurden, die meisten nachdem die APO den Widerstand gegen die Notstandsgesetze in den Widerstand gegen die Notstandsarmee übergeleitet hatte. In den beiden letzten Jahren erreichte die Quantität von jeweils 15.000 KDV eine neue Qualität, weil solche Massen von KDV die "Moral der Truppe" schwer beeinträchtigen und tatsächlich in den einzelnen Kasernen erhebliche Unruhe verbreiten. Das Geschrei nach "Wehrgerechtigkeit" ist also die blindwütende, aber läppische Antwort der Militaristen vom Schlage der CSU-Politiker und Generäle auf die politische Widerstandsform, zu der sich der Pazifismus durch die Agitation und Propaganda der bewußtesten Genossen weiterentwickelt hat. Die Volkserheber schreien nach "Wehrreform", aber sie meinen Abschreckung und Liquidierung des Widerstandes in einem Winkel der Gesellschaft, den sie am leichtesten militarisieren zu können glauben. Man muß sich einmal die perfide Redeweise dieser Clique ansehen: Die CDU/CSU forderte z.B. im August 1969, die Ersatzdienstler sollten in Deichbau und Flurbereinigung eingesetzt werden, an einen "großangelegten Arbeitsdienst" sei aber nicht gedacht; keine Kasernierung, aber "Gemeinschaftsunterkünfte mit Dienstaufsicht"; einheitliche Kleidung, aber keine Uniformierung usw.



Hiermit geben wir die Gründung eines kollektiv organisierten und sozialistisch orientierten Reisendienstes bekannt.

Wir werden aufregende, unbesessene und leicht erreichbare Touren durch Europa und Afro-Asien unternehmen. Hiermit habt ihr die Möglichkeit praktische Erfahrungen in der Dritten Welt zu sammeln. Meldet euch massenhaft, rechtzeitig und mit eigenen Reisevorstellungen, damit wir eure Pläne koordinieren können.
Unsere Anschrift:
SID 1-67,
Tempelhofer Ufer 35a, Tel. 18 21 78

Der folgende Streikbericht aus Schwarmstedt bei Hannover ist der erste Teil einer Reihe von Artikeln über Probleme und Aktionen des antimilitaristischen Kampfes, die demnächst in 883 erscheinen werden (Bundeswehrkampagne, Kriegsforschung, Rüstungswirtschaft, GI-Agitation)



Der Streik in Schwarmstedt begann erst politisch zu werden, als die dort eingesetzten EDL die langfristige Konzeption der Militaristen nicht mehr ignorieren konnten. Hatte sich vorher emotional über die menschenunwürdigen Verhältnisse in dem Barackenlager empört und dagegen protestiert, so änderte sich das mit dem Bekanntwerden einer Erklärung der ED-Gruppenleiter "über die unhaltbar gewordene Situation im ED", die Sammelagern zur Kasernierung und Disziplinierung politischer EDler vorschlug. Wachdienst und Pöbelzettel konnten jetzt nicht mehr als Schikane ihres überleitenden Gruppenleiters verstanden werden, Stacheldraht und Arbeitsinsatz nur im Lager konnten nicht mehr als Zufälligkeiten interpretiert werden. Ihnen wurde klar, daß sie sich im ersten KZ für politische EDler befanden. Sie mußten deshalb auch politisch reagieren. Mit dem Beschluß zu streiken, verbanden sie die Forderung, erst wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn das KZ Schwarmstedt aufgelöst worden sei und sie die verbindliche Zusage bekommen hätten, daß in Zukunft keine Sammel- oder Sonderlager mehr eingerichtet würden. Da ihnen bewußt war, daß sie gegen den zu erwartenden Druck der Herrschenden nichts ohne überregionale Organisation des Streiks ausrichten konnten, begannen sie gleichzeitig mit Solidaritätsaufrufen und Flugblattaktionen den politischen Kampf auszuweiten. Die Reaktion der Bürokraten orientierte sich dann auch am sattem bekannten Motto: Druck auf einzelne, Isolierung der "Rädelsführer", verbunden mit Verschleierungstaktiken. Den Schwarmstedter EDlern wurden Verpflegung, Krankenfürsorge und Bezüge gesperrt, gleichzeitig begann eine hektische Reiseaktivität führender Bundesverwaltungsamts (BVA)-Bürokraten, um in Schlichtungstourneen die Streikfront der 50 Gruppen zu brechen.

Konnten die Schwarmstedter den Druck auf sich selbst durch Spenden von Kirche, Gewerkschaften, DKP usw. ausgleichen, so schafften sie es nicht mehr, von ihrem Lager aus den politischen Kampf in ganz Westdeutschland zu koordinieren und zu organisieren. Die Reisen der BVA-Bullen hatten deshalb Erfolg: am 31.1. begann die Streikfront zu zerbrechen. Anstatt Kontakt mit dem Lager Schwarmstedt aufzunehmen, ließen sich die anderen Gruppen durch verbale Zugeständnisse blüffen. Hatte die Reaktion die Isolierung der Rädelsführer erreicht, mußte nur noch der harte Kern zerhacken werden. Dies versuchte man mit einem administrativen Trick: Den Altern in Schwarm-

stedt wehten am Wochenende Versetzungsbescheide in die Baracken. Sie sollten auf kleine Dürfer in Norddeutschland zerstreut werden. Antunigt durch den aufgegebene Widerstand der sich anfangs solidarischierenden ED-Gruppen, resignierte man auch in Schwarmstedt. Erst nach langer Diskussion stellte sich man dort fest, daß ihre zentrale Forderung noch keineswegs erfüllt war und das die BVA-Bürokraten Augenwischerei betrieben hatten. Keiner der führenden Vertreter des BVA hatte ihnen schriftlich die Auflösung des KZ Schwarmstedt und die Verhinderung neuer Lager zugesichert. Auch von der faschistischen Erklärung der ED-Gruppenleiter distanzierte man sich nicht, sondern sprach von "einigen ungeschickten Formulierungen". Die deprimierende Aussicht, zukünftig vereinzelt in der Provinz agieren zu müssen, ließ den begonnenen Kampf, wenn er jetzt abgebrochen würde, sinnlos erscheinen. Man beschloß deshalb, die Versetzungsbescheide zu ignorieren und in Schwarmstedt zu bleiben, bis die Polizei die rausholt. Eine neue Forderung wurde den allen hinzugefügt: gemeinsamer Einsatz der Gruppe in Hannover. Diese erneute Demonstration ihrer Kampfbereitschaft täuscht aber nur schlecht über ihre Resignation weg. "Wir sind zufrieden, wenn dieses Lager nicht mehr besteht", war die Meinung.

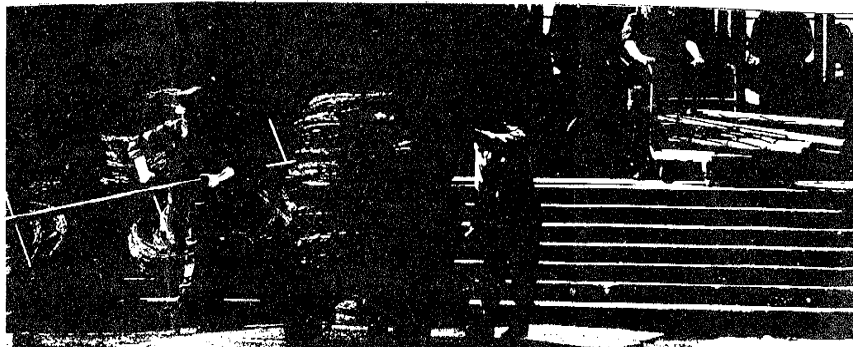
Stellt die Entwicklung der Schwarmstedter Gruppe einen Politisierungsprozess einzelner EDler dar, so sind jetzt schon entscheidende Fehler zu analysieren, soll der begonnene Kampf im ED nicht in Reformismus enden. Deutlich ist, daß es die Streikenden nicht vermochten, während des Streiks eine langfristige Konzeption für den KDV zu entwickeln, die ihm im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft eine Funktion gibt. Erst von dieser Konzeption her ist es möglich, eine überregionale Organisation zu leiten und den Stellenwert einzelner Forderungen zu bestimmen. Der Beschluß, als Gruppe in Hannover zu arbeiten, wird doch erst dadurch politisch gegen die Herrschenden gewendet, wenn dahinter das Konzept einer Kaderorganisation steht, die die Arbeit im sozialen Bereich als Arbeit für die Ausgebeuteten versteht. Daß es dafür Ansätze gibt, zeigt ein Streikpapier der Heidelberger ED-Gruppe: "Die Entwicklung im zivilen ED kann nicht als Problem einer kleinen gesellschaftlichen Randgruppe betrachtet werden, da die Verhältnisse im ED genauso wie die in den Betrieben, Schulen und Universitäten bestimmt sind von dem grundlegenden Widerspruch im kapitalistischen System: dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Es ist schwer denkbar, daß in diesem Staat ein Alternativdienst mit dem erklärten Auftrag, das Übel an der Wurzel zu packen, also den Kapitalismus abzuschaffen, als ED eingerichtet wird. Überläßt den Reformismus der liberalen Fraktion der Bürgertums! Organisiert die Revolution!"

**ALTLEIDER
PELZIGES
HASCHIGES
SCHMUCK
APPROXCE**

Geöffnet zw. 14.00 und 18.30 Uhr!
Schwarzerstr. 11 (am Nollendorfpf.)
Tel. 216 71 21.

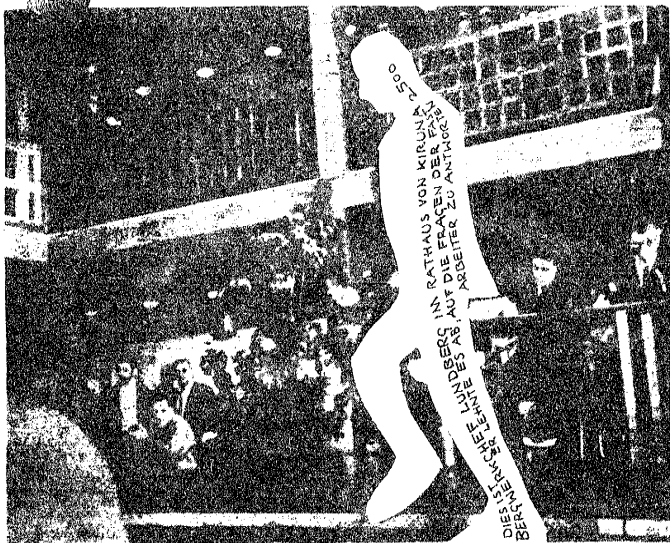


Streikende Ersatzdienstler
Verpflegung gestrichen



STREIK IN SCHWEDEN

Då kan han själv gå ner och jobba
(DANN KANN ER SELBST RUNTER GEHN UND SCHUFTEN)



Sie verdienen im Monat 1500 bis 2100 DM und entfesselten dennoch einen Streik, wie ihn Schweden seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Zwar fordern sie auch mehr Geld, hauptsächlich aber weniger Schikanen: sie wollen wie Menschen, nicht wie Maschinen behandelt werden.

Mit dieser Aktion entlarvten die Kumpels die Lüge vom perfekten Sozialstaat Schweden. Sie bestreiken einen Staatsbetrieb, der - wie der schwedische Staat - von Sozialdemokraten regiert wird: den Eisenerzgruben-Konzern Luossavaara-Kirunavaara AG LKAB, Schwedens größtes Export-Unternehmen (Umsatz 1968: 710 Mill. DM). Mitte November war für das Werk in Svappavaara ein neues, kompliziertes Akkord-Lohnsystem festgesetzt worden. Der Ortsgewerkschaftsboß und die Kumpel merkten erst am nächsten Tag, daß sie statt höherem Stundenlohn 30 Pfennig weniger bekamen als zuvor und als die Kiruna-Kollegen. Nachdem 35 Kumpels über ihre Lage beraten hatten, beschlossen sie am 9. Dezember, ihre Arbeit niederzuliegen. Damit begann in Schweden der größte Streik seit 1945. Den 35 folgten alle 350 Arbeiter in Svappavaara. Und zwei Tage später streikten auch die Bergarbeiter von Kiruna und Malmberget sowie die Verladearbeiter des Ostsee-Erzhafens Lulea, insgesamt fast 5000 Mann.

Schwedens Presse nannte es "Sympathie-streik", aber die 5000 Aufständigen stellten schnell klar, daß sie nicht nur um 30 Pfennig für Svappavaara, sondern gegen die Unterdrückungsverhältnisse des Staatskonzerns kämpfen: Die Arbeiter werden an ihren Arbeitsplätzen kontrolliert, ob sie genug arbeiten; Die Normen werden willkürlich von oben festgesetzt und sind so hoch, daß man nach 20 Jahren gesundheitlich ruiniert ist; Bei Krankheit ist die Lieblingsdiagnose der Betriebsärzte "Simulant"; Wer durch die Arbeit gesundheitliche Schäden erleidet, wird entweder an einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz versetzt oder mit einer niedrigen Pension entlassen. Von ihrer Gewerkschaft wollten die Kumpel wohlweislich nichts wissen: sie hat sich vom Konzern zu sehr schuirmen lassen. Die Arbeiter ignorierten die örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und wählten für ihren Arbeitskampf ein neunköpfiges Streikkomitee. Die Kumpel treten selbst bei Minus 30 Grad zu Demonstrationen durch Kiruna und Malmberget an. Die Streikenden blieben täglich 70 bis 85 DM Lohn ein, denn für wild Streikende gibt es auch in Schweden kein Geld von den Gewerkschaften. Inzwischen stehen auf dem geheimen Streikkonto des Komitees Spenden aus Schweden und den anderen nordischen Staaten, die auf etwa eine Millionen Mark geschätzt werden. Beispielweise wird in Dänemark an fast jedem

Arbeitsplatz für die Streikenden gesammelt. Auch die Arbeiter aus Narvik und Hammerfest in Norwegen sammeln Geld für den Streik, obwohl sie durch den Streik Nachteile haben, weil in diesen Häfen große Mengen von Kiruna Erz verladen wird. Unter den Zahllosen Sachspenden befinden sich auch 9000 Lösen russischer Hammerkraben zur Aufbesunder der Speisekarte. Durch ihre Aktion haben die Arbeiter den Staatskonzern empfindlich getroffen. Der tägliche Förderausfall ist mit 10 000 t ein erheblicher finanzieller Verlust für den Konzern. Er soll sich auf 2,5 Mill. DM pro Tag belaufen. Das sich bei solchen Verlusten die Regierung nicht in den Streik einmischt, obwohl es sich um einen Staatsbetrieb handelt, hängt mit dem berüchtigtem Geist von Salsjöbaden zusammen. In dem nahe Stockholm gelegenen Salsjöbaden, einen Luxusbadort, schlossen Gewerkschaften und Unternehmer 1938 einen "Haupttarifvertrag" ab. Nach dieser Vereinbarung sollte bei Arbeitskämpfen nicht der Staat eingreifen, sondern die Parteien sollten sich ohne Unterstützung der Regierung selbst einigen. Dieses System der Regulierung von Arbeitskämpfen

Arbeitskonflikten hat bis zum Dezember 1969 geklappt. Aber plötzlich merkten die Arbeiter, die ein starkes gewerkschaftliches Klassenbewußtsein haben, daß sie bei einer solchen Regelung immer am kürzeren Hebel sitzen. Im großen Kiruna-Streik stellten Anfang Januar die Streikenden ihre Forderungen an die Unternehmer, d.h. an die Verwaltung der LKAB:

- sofortiger Austritt aus dem Arbeitgeberverband
- Erhöhung der Löhne um etwa 13%
- Umstellung des Tageslohnsystem auf Monatslohn, was eine Änderung der Kündigungsfristen nach sich zieht
- Herabsetzung des Pensionsalters für Bergwerksarbeiter
- Abbau der Zeitschichten
- Bessere Unterkünfte
- niedrigere Mieten in den Konzern-eigenen Wohnungen
- kostenlose Transporte zur Arbeit und nach Hause
- juristisch bindende Zusagen, daß der Arbeitgeberverband das Tarifabkommen nicht für ungültig erklären kann.

Zu den Forderungen ist noch einiges zu bemerken.

In Schweden müssen alle Tarifverträge vom Arbeitgeberverband genehmigt werden. Diese mächtige Organisation erklärte Ende letzten Jahres, kein Unternehmen dürfe mit den Arbeitern über die Forderungen verhandeln, solange die Arbeiter nicht den Streik abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auf Grund dieser Direktive hatte es die LKAB abgelehnt mit dem Streikkomitee zu verhandeln. Seit Anfang Januar sind die riesigen Halden von Narvik und Hammerfest in Norwegen geräumt, wo das Kiruna-Erz verschifft wird. Die Bosse der west-deutschen Stahlkonzerne, die 80% ihres Erzbedarfs aus Kiruna decken, werden wohl bald mit Hilfe des Stahlkontors über die Leitung Brandt/Erlander mitteilen lassen, daß die LKAB schleunigst mit den Streikenden über ihre Forderungen zu verhandeln habe.

Am vergangenen Sonntag schlug das Streikkomitee den Streikenden vor, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Verwaltung mit den Gewerkschaften eine 10% Lohnerhöhung ausgehandelt hatte. Dann sollte über die weiteren, viel wichtigeren Forderungen der Arbeiter beraten werden. Die Streikenden gaben den Boszen die einzig würdige Antwort: wir streiken weiter, erst wenn unsere Forderungen erfüllt sind, nehmen wir die Arbeit wieder auf.

SOUND



ORIENT IMPORTS AFRIKA
PLATTEN - POSTER - SCHMUCK
GRIESENHAUSEN 114

BESTELL-Schein

Quartal 40,- DM

Name

Anschrift

Ab 883-Nr.

Datum

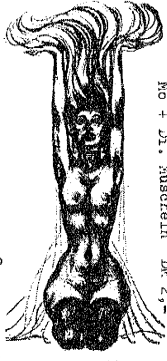
(Unterschrift)

Unser P-SchKto.:

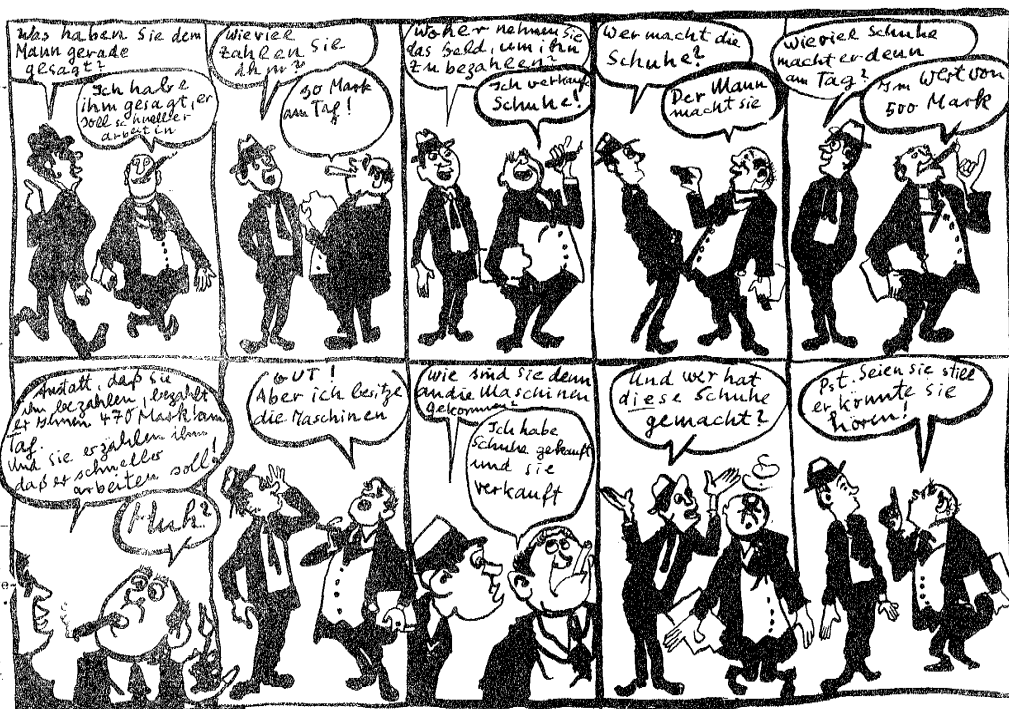
Gruppe A 221 241 Bln.W.

Tina Putt

»Zur Wanne«



die Kneipe für Kunstler, Pseudokünstler, Revolutonäre, Attiler
Ho + Di. inuedeln DE 27
Attiler Jungfilmer Schriftsteller und ganz Normale
1 Berlin 31
Holsteinische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30 - 5 Uhr



SIEG IM VOLKSKRIEG IN ANGOLA

1.

Vor 9 Jahren, am 4. Februar 1961, löste die "Volksbefreiungsbewegung Angolas" (MPLA) mit dem Sturm auf das Polizeigefängnis von Luanda den revolutionären Befreiungskrieg in Angola aus.

Seitdem 1963 bzw. 1964 auch die Völker Guinea-Bissaus und Mozambiques den bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus aufgenommen haben, muß das portugiesische Regime an drei Fronten um die Aufrechterhaltung seiner überlebten Kolonialherrschaft in Afrika kämpfen. Da es selbst ein rückständiges und unterentwickeltes Land ist, wäre Portugal nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen, die zur Führung und ständigen Intensivierung seines Kolonialkrieges notwendig sind. Ohne die rückhaltlose ökonomische und militärische Unterstützung Portugals durch seine NATO-Partner, ihnen voran die BRD und die USA, sowie das wachsende Engagement Südafrikas wären seine Kolonien in Afrika längst unabhängig und damit das lusitanische Imperium zerstört.

So waren die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien gezwungen, den anfänglich weitgehend spontanen bewaffneten Aufstand gegen koloniale Unterdrückung und Ausbeutung auf die Ebene des revolutionären Volkskriegs zu heben und ihre Strategie auf einen langandauernden Befreiungskampf einzustellen.

Für die MPLA in Angola war der entscheidende Schritt, durch den sie endgültig anfängliche politisch-militärische Schwierigkeiten des Kampfes überwunden hat, die Eröffnung und Entfaltung einer neuen Kampffront im Osten des Landes im Mai 1966. Auf zentrale politisch-militärische und ökonomische Aspekte des Befreiungskrieges in Angola in der Pha-

se nach der Eröffnung der Ostfront geht der erste Kommandant dieser Region, Spartacus Monimambu, in einem Interview mit Don Barnett ein. (s. nächste Seite)

1967 stellte die MPLA den Volkskrieg unter die Parole der Verallgemeinerung des Kampfes auf das ganze Land, um die Kräfte der inzwischen in Angola allein auf über 70 000 Mann angewachsenen portugiesischen Kolonialarmee (Guinea-Bissau: 40 000; Mozambique: 40 000) immer mehr zu zersplittern. Die 5 politisch-militärischen Regionen, in denen heute der Kampf geführt wird, erstrecken sich über 10 der 15 Distrikte des Landes. Etwa 1/3 Angolas steht damit unter der Kontrolle der MPLA.

Die für die Entfaltung des Kampfes bedeutendste Region ist nach wie vor die Ostfront. Von ihr sind 1968 Guerillaeinheiten nach Norden und nach Westen weiter ins Landesinnere vorgedrungen und haben zwei neue Kampfzonen eröffnet.

Je weiter sich das Kampfgebiet ausdehnt, vor allem in das Landesinnere hinein, desto größere Bedeutung gewinnt die Selbstversorgung der Guerillas und der Bevölkerung in den von der MPLA kontrollierten Gebieten, denn desto schwieriger wird die Versorgung über die Verbindungswege mit den Nachschubbasen in den Nachbarstaaten. Angesichts der Größe Angolas von 1 247 700 qkm (d.h. 5mal so groß wie die BRD; Guinea-Bissau ist dagegen nur so groß wie Holland) und der Schwierigkeiten der Beziehungen mit den

formal unabhängigen Staaten Afrikas wird die Bedeutung des Problems der Nachschubwege noch akzentuiert.

Die Richtigkeit der Feststellung des Präsidenten der MPLA, Agostinho Neto, (siehe den nebenstehenden Artikel von ihm) daß die Befreiungsbewegungen in Afrika in immer stärkerer Isolierung geraten, kann kaum eindeutiger belegt werden als durch die Regierung Kongo-Kinshasas, dessen Grenze mit Angola vom Atlantik bis Katanga reicht. Seit 1963 verweigern die neo-kolonialistischen Regime dieses Landes der MPLA konsequent die Verwendung ihres Territoriums als Nachschubbasis, indem sie nicht nur Nachschublieferungen beschlagnahmten, sondern auch Kämpfer der MPLA gefangen setzten. Stattdessen unterstützen sie die konterrevolutionäre "Revolutionäre Regierung Angolas im Exil" (GRAE), die sich der US-Imperialismus für den Bedarfsfall als neo-kolonialistische Marionettenregierung verfügbar hält. Diese feindliche Haltung Kongo-Kinshasas hat die Freiheitskämpfer der ersten, 1961 eröffneten Kampffront der MPLA im Gebiet nordöstlich von Luanda, der Hauptstadt Angolas, gezwungen, von Anfang an den Befreiungskampf fast ohne jede Verbindung mit den Stützpunkten der Bewegung im Ausland fortzusetzen. Erst Ende 1966 und Anfang 1967 gelang es der MPLA, die Kämpfe in dieser politisch-militärischen Region durch zwei ausgerüstete Guerillaeinheiten wieder von ausen zu unterstützen.



AGOSTINHO NETO

AUSSCHNITTE AUS EINEM AUFSATZ DES PRÄSIDENTEN DER VOLKSBEFREIUNGSBEWEGUNG ANGOLAS (MPLA)

Portugal ist nicht unser einziger Feind. Daher ist ein Regierungswechsel in Portugal keineswegs gleichbedeutend mit einem Wechsel in der portugiesischen Politik. Der neue Regierungschef vertritt nicht nur die gleichen Ideen Salazars, er wird auch von den gleichen Interessengruppen gestützt, nämlich vom portugiesischen und ausländischen Finanzkapital. Diese Gruppen werden eine radikale Veränderung der kolonialistischen Politik des Landes nicht zulassen.

Wir schließen also die Hypothese einer Entwicklung in Richtung des Neo-Kolonialismus aus, weil Portugal selbst ein ökonomisch rückständiges Land ist, das unfähig ist, den Folgen des Neo-Kolonialismus standzuhalten. Wenn Angola und die anderen portugiesischen Kolonien Opfer des Neo-Kolonialismus würden, dann hätten die anderen imperialistischen Mächte das ökonomische Übergewicht und hätten es nicht mehr nötig, Portugal als Brücke zu benutzen. Die portugiesische Kolonialmacht wäre damit zerstört.

Südafrika versucht schon, sein Einflußgebiet auf andere Länder auszuweiten. Es gibt keinen Zweifel, daß der angolanische Markt und ein großer Teil der Reichtümer Angolas im Fall einer neo-kolonialistischen Lösung in die Hände Südafrikas fallen würden. Aber Südafrika ist nicht allein; es gibt außerdem die Briten, die US-Amerikaner und die anderen.

Ich glaube also nicht, daß Portugal andernfalls in dieser Richtung vorwärtchen wird, es sei denn, es sieht keinen anderen Ausweg. Gegenwärtig wird seine Politik mit Stabilität darin bestehen, den Krieg fortzusetzen mit dem Ziel, den Befreiungskampf aus der Zeit zu schaffen und die ökonomische Lage kontrollieren zu können.



Wir sind uns auch der Notwendigkeit bewußt, die militärischen ebenso wie die politischen Strukturen der Bewegung den neuen Etappen, die der Kampf hervorbringt, anzupassen, um die beste Kontrolle und die beste politische und ideologische Orientierung der Kader zu erreichen.

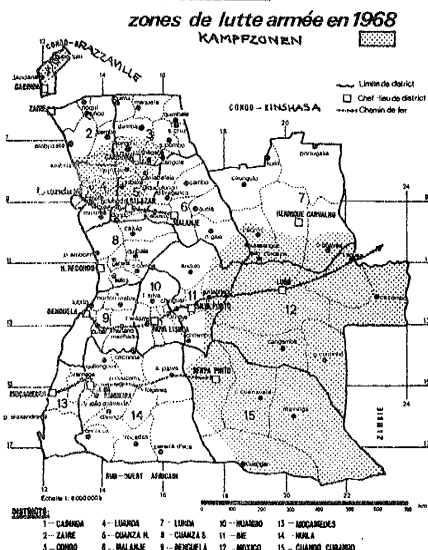
Wir haben viel gelernt in Afrika, unserem Kontinent, wo wir im Grunde für unsere Sache jede ardenkliche Hilfe erhalten müßten, wo aber der Imperialismus so weit vorgedrungen ist, daß er den ganzen Kontinent in mehr oder weniger starkem Ausmaß einer neo-kolonialen Situation unterworfen hat, die uns jeder Möglichkeit beraubt, eine ausreichende politische und materielle Unterstützung zu erhalten. Die nationalen Befreiungskämpfe in Afrika geraten immer mehr in die Isolierung; immer weniger gelingt es ihnen, bei den anderen afrikanischen Ländern Verständnis und Unterstützung zu finden.

Diese Tatsache hat uns zu einer politischen Schlussfolgerung geführt: diese Länder sind Opfer des Neo-Kolonialismus geworden, weil sie ihre Volksmassen nicht mobilisiert, weil sie keine Avantgarde-Organisation oder Partei gehabt haben, die das Volk führen. Wir setzen uns jetzt schon mit diesen Gefahren auseinander, damit Angola in der Zukunft wirklich das fortschrittliche Land wird, das es auch unseren Nachbarn werden soll.

Wie sieht in dieser Situation unsere Strategie aus? Die hauptsächlichsten Operationen, die wir zur Zeit führen, haben zum Ziel, die Kampfzonen immer weiter auszuweiten und den Kampf in ganz Angola zu verallgemeinern, denn wir sind der Ansicht, daß die Zersplitterung der feindlichen Kräfte in mehreren Regionen unseren Aktionen zugute kommt und die Zerstörung der Hauptstützpunkte und der Kriegsmittel des Feindes ermöglichen wird.

Unsere Perspektiven sind die besten, weil das Volk mobilisiert ist. Wir haben gelernt, nicht auf einen leichten, kurzen Krieg zu hoffen. Wir wissen, daß er noch einige Zeit andauern wird und daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, um ihn abzukürzen. Aber wir sind darauf vorbereitet, einen langandauernden Krieg zu führen, denn die Portugiesen erhalten die Unterstützung einer großen Zahl imperialistischer Mächte.

Wir wissen ferner, daß wir uns in erster Linie auf unsere eigenen Kräfte verlassen müssen, mehr als auf die Hilfe von außen, die immer eine unsichere Hilfe ist, eine Hilfe, die oft nicht rechtzeitig und nicht in ausreichender Menge kommt. Aber unsere Entscheidung, unsere eigenen Kräfte zu verwenden, ist auch ein Mittel, die Bevölkerung zu erziehen: eine Erziehung für die Arbeit, für die Phase des Wiederaufbaus des Landes, die natürlich ein sehr hohes Bewußtsein des Volkes erfordern wird, um gegen die Unterentwicklung zu kämpfen und zur Etappe der progressiven Entwicklung des Landes voranzuschreiten. (aus "Tricontinental" Nr. 42)



2. DER WIEDERAUFBAU IN DEN BEFREITEN GEBIETEN

In Zuge der allseitigen Ausbreitung des bewaffneten Kampfes über das ganze Land verlegte die MPLA Anfang 1968 ihr Hauptquartier, das bis dahin in Kongo-Brazzaville arbeitete, ins Innere des Landes. Das grundlegende Prinzip des von der MPLA geführten Befreiungskrieges in Angola, die Einheit von politischem und militärischem Kampf, wurde damit auf neue bestärkt und angewandt. Das Primat der Politik, d.h. die politische Führung des bewaffneten Kampfes, findet seine Anwendung in jedem Aspekt des revolutionären Befreiungskrieges in Angola: Jeder Guerillero wird zugleich als militärischer und politischer Kader ausgebildet, der militärischen Befreiung einer Region geht eine längere politische Mobilisierungsarbeit unter den blutenden Massen voraus, das Zentralkomitee ist zugleich politische und militärische Führung, etc. (s. das Interview mit Spartacus Monimambu).

Untrennbar verbunden mit dem politischen und militärischen Kampf ist der dritte grundlegende Aspekt des revolutionären Befreiungskrieges, der mit dessen Entfaltung zunehmend an Bedeutung gewinnt: der nationale Wiederaufbau des Landes.

Ebenso wie die PAIGC in Guinea-Bissau und die FRELIMO in Mosambik unternimmt die MPLA in den befreiten Gebieten Angolas große Anstrengungen, um die Grundlagen einer neuen sozio-ökonomischen Ordnung zu schaffen, die unmittelbar und für die einheimische Bevölkerung überzeugend die konkrete Alternative zur kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung verwirklicht. D.h. sie baute Schulen und Ambulanzen, stellte den Anbau von Monokulturen Produkten auf Nahrungsmittelbau zur Versorgung der Bevölkerung um, richtete 'Volksläden' ein und organisierte das politische Leben an der Basis.

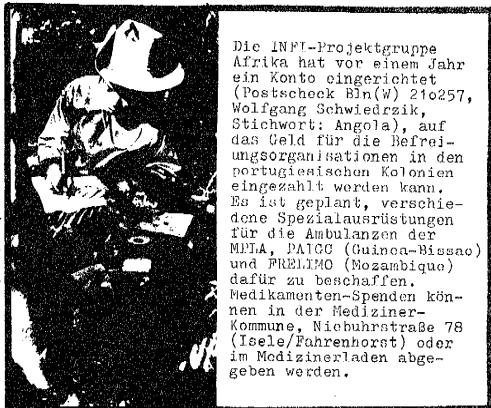
In den 'Zentren Revolutionärer Ausbildung' (CIR), deren Symbol das Buch, das Gewehr und die Hacke sind, werden die Kader nicht nur politisch ausgebildet, sondern auch Alphabetisierungs- und Fortbildungskurse abgehalten, Lehrer ausgebildet und - zusammen mit der Bevölkerung - Feldarbeit verrichtet.



Angesichts der nach 500-jähriger 'zivilisatorischer Mission' durch die Portugiesen bestehenden Alphabetisierungsrate von 99% ist die Ausbildung von Lehrern und die Herstellung von Unterrichtsmaterial eine der wichtigsten Aufgaben der revolutionären Ausbildungszentren (als Beispiel für die neuen Formen und Inhalte revolutionärer Erziehung in Angola s. die Abbildungen aus einer Alphabetisierungsfibel der MPLA).

Von nicht minderer Bedeutung für den Aufbau einer neuen sozio-ökonomischen Ordnung ist das Netz von Sanitätsstationen und Ambulanzen des 'Medizinischen Hilfsdienstes' (SAM), den die MPLA in den befreiten und halb-befreiten Gebieten eingerichtet hat. Neben der Versorgung von Verwundeten (vor allem nach Bombenangriffen) ist die Bekämpfung von Epidemien, der hohen Kindersterblichkeit und die Aufklärung der Bevölkerung über hygienische Maßnahmen die vorrangigste Aufgabe des SAM.

Der Bericht, den Amílcar Cabral, der Generalsekretär der PAIGC, auf der 1. Trikontinentalen in Havanna über die medizinische Versorgung in Guinea-Bissau gab, gilt nicht minder für die Verhältnisse in Angola: "Wenn man bedenkt, daß wir mit nichts angefangen haben und daß die Portugiesen im ganzen Land nur 3 Krankenhäuser und einige Ambulanzen hatten, kann man die Bedeutung der Ergebnisse ermessen, die wir mit Hilfe einiger befreundeter Länder und Organisationen schon erzielt haben. Da aufgrund dieser Fortschritte die Unterhaltskosten und der Bedarf an Medikamenten sich erhöhen, müssen wir jedoch zugeben, daß wir im Bereich des Gesundheitsdienstes vor Schwierigkeiten stehen. Es fehlt an Medikamenten, die empfangene Unterstützung reicht nicht aus... Diese Schwierigkeiten verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit, denn der Gesundheitsdienst ist ein politischer Faktor ersten Ranges für die Konsolidierung unserer befreiten Regionen und für die Entwicklung unseres Kampfes."



Die INPT-Projektgruppe Afrika hat vor einem Jahr ein Konto eingerichtet (Postcheck Bn(w) 210257, Wolfgang Schwiedrzik, Stichwort: Angola), auf das Geld für die Befreiungsorganisationen in den portugiesischen Kolonien eingezahlt werden kann. Es ist geplant, verschiedene Spezialausrüstungen für die Ambulanzen der MPLA, PAIGC (Guinea-Bissau) und FRELIMO (Mosambik) dafür zu beschaffen. Medikamenten-Spenden können in der Mediziner-Kommune, Niebuhrstraße 78 (Isle/Fahrenhorst) oder im Medizinerladen abgegeben werden.

DEN MILITÄRLICHEN MIT DEM POLITISCHEN KAMPF VERBINDEN

Das folgende Interview mit dem ersten Kommandanten der MPLA im Osten Angolas, Spartacus Monimambu, machte Don Barnett am 21. März 1968

Frage: Die MPLA hat ihre dritte Front in der Ostregion im Mai 1966 eröffnet. Was war das Ziel der Eröffnung dieser neuen Front - in Ergänzung zu den bereits bestehenden in Cabinda und Nord-Angola - und was habt ihr dort in den letzten 2 Jahren erreicht?

Antwort: Diese Front wurde eröffnet, um den Kampf auf ganz Angola auszuweiten. Wir haben 1967 zur Vervollständigung des Kampfes innerhalb Angolas aufgerufen, um eine Zersplitterung der portugiesischen Truppen zu erzwingen. Nach den Prinzipien des Guerillakrieges können wir uns eine Konzentration der feindlichen Kräfte nicht leisten. Wir müssen sie zwingen, sich zu zersplittern, damit wir sie in kleinen Gruppen angreifen können. Unsere Fortschritte in der Ostregion lassen sich daran ablesen, daß wir mit einem Abschnitt von nur 18 Meilen begannen, aber 6 Monate später bereits 5 Kampfzonen in der Ostregion hatten, die Zonen A, B, C, D, E. Heute können wir sagen, daß die gesamte Moxico-Provinz und die Hälfte der Cuando Cubango Provinz unter unserer Kontrolle sind. Sie werden nicht vollständig von unseren Freiheitskämpfern kontrolliert, aber die Portugiesen können dort nicht das Volk unterdrücken oder vorhaben oder töten, wie sie es vor 1966 getan haben. Wir haben ihre Verbindungswege zerstört. Sie kommen nur mit ihren Flugzeugen und Bombardierern, aber sie können nicht in den Busch vordringen. Denn dort stoßen sie immer auf die Guerillas, die sie überfallen und töten. Und wir haben außerdem bereits unsere Dorf-Miliz organisiert - auch mit Frauen - die Wache halten, Aufklärungsarbeit leisten usw., wodurch sie uns revolutionär helfen.

Frage: Am 3.1.1968 hat die MPLA erklärt, daß sie ihr Hauptquartier von Brazzaville nach Angola verlegt. Welche Auswirkungen wird dieser Schritt auf den Kampf haben?

Antwort: Das ist sehr wichtig für uns. Wie du weißt, muß jeder revolutionäre Kampf im Land selbst geführt werden. Und das wird nur Erfolg haben, wenn die Führer selber unter den kämpfenden Massen sind. Wir sind eine Massenorganisation, eine Volksbewegung, daher müssen wir unter dem Volk sein. Sie müssen sehen, daß die Führer selbst im Land sind, um den Kampf zu leiten und zu orientieren. Das wird dem Volk mehr Mut geben, ebenso den Guerillakämpfern. Alle unsere politischen Führer - 2 oder 3 ausgenommen - haben eine militärische Ausbildung. So können sie ins Landesinnere gehen, und die lokalen Führer anleiten und ausbilden helfen. Was wir brauchen, was wir wünschen, ist, daß die lokalen Führer bewußt genug werden, um die Bevölkerung in ihren Dörfern besser anführen zu können. Die höchsten Führer müssen diese lokalen Kader auf eine hohe Stufe des politischen Bewußtseins bringen. Weiterhin bedeutet die Verlegung des Hauptquartiers ins Landesinnere eine Verstärkung unserer Unterstützung durch andere Länder. Sie werden sehen, daß wir sehr ernst zu nehmen sind, daß wir tatsächlich den Kampf innerhalb Angolas führen. Das hat Goldens "Revolutionäre Regierung Angolas im Exil" (GRAE) seit 1963 nicht getan, obwohl sie jede Möglichkeit dazu hatte. Das wird ebenfalls beweisen, daß die MPLA, die sich als Vorhut des Kampfes versteht, weite Gebiete Angolas befreit hat, in denen wir begonnen haben, die Macht des Volkes zu errichten und ökonomische und

administrative Programme durchzuführen.
Frage: Könntest du jetzt das Verhältnis von politischem und militärischen Kampf innerhalb Angolas allgemein bestimmen?

Antwort: Unser Prinzip ist es, den militärischen mit dem politischen Kampf zu verbinden. Jeder muß beides sein, politischer und militärischer Kader. Wir wissen, daß unser Grundproblem ein politisches ist, aber es kann nicht ohne Gewalt gelöst werden. Während also einerseits der militärische Aspekt gegenüber dem politischen untergeordnet ist, besteht andererseits eine Wechselbeziehung zwischen beiden. Militärische und politische Aktionen müssen sich gegenseitig ergänzen und sich parallel zueinander entwickeln. Daher haben wir sowohl politische als auch militärische Führer im Zentralkomitee. In ihm arbeiten die politischen und militärischen Kader eng zusammen in der Führung des Kampfes. Andererseits versteht das Volk Angolas die Notwendigkeit der Representation außerhalb des Landes, denn ohne diese könnten wir kaum unseren Nachschub sichern oder diplomatische Aktivitäten durchführen.

Frage: Ist der Führer jeder Zone ein militärischer oder politischer Führer oder eine Kombination von beidem?

Antwort: In jeder der 5 Zonen gibt es ein militärisches Kommando, angeführt von einem ersten Kommandanten, der selbst sowohl militärisch als auch politisch verantwortlich ist. In der gesamten Ostregion, die 5 Zonen umfaßt, gibt es ein regionales Kommando, das aus 6 oder 7 Offizieren besteht. 4 davon, mich eingeschlossen, sind Mitglieder des Führungsausschusses der Ostregion. Wir sind also politische und militärische Offiziere. Innerhalb des Landes gibt es heute keinen Unterschied mehr zwischen der politischen und militärischen Führung. Jeder, der eine Führungsposition innehat, nimmt sowohl an den militärischen wie den politischen Aspekten des Kampfes teil.
Frage: Wie funktioniert die Volksmiliz im Zusammenhang mit den Guerillaeinheiten der MPLA? Teil 2, 3



3. BRD-IMPERIALISMUS IN ANGOLA

Die Auslösung des bewaffneten Befreiungskampfes in Angola zwang den BRD-Imperialismus, seine bislang heilsuchende Fiktion zu weigern, denn um für die Expansionstendenzen des BRD-Kapitals, die sich bereits 1961 abzeichneten, in den portugiesischen Kolonien ein günstiges Investitionsklima zu sichern, wurde die BRD zum Hauptwaffenlieferanten des portugiesischen Kolonialregimes, d.h. neben den USA zum Hauptverbündeten in Kolonialkriegen, ohne den die Portugiesen ihre Position in Afrika nicht lange halten können. Wie überall, so ist das BRD-Kapital auch hier der starken Konkurrenz vor allem der USA und auch Japans ausgesetzt. Die Politiker und Strategen des BRD-Imperialismus, die mittels der Waffenlieferungen den Konkurrenzkampf zugunsten der BRD wenden wollten, beklagten die wenig wagenmütigen BRD-Kapitalisten: Ihnen ist es in Angola nur gelungen, im Rüstungssektor einzusteigen; den wichtigeren Öl-Sektor mußten sie den USA überlassen.

Vor zehn Jahren entdeckte eine Gruppe von Mineralogen im Distrikt des Krupp-Konzerns die reichhaltigen und hochprozentigen Eisenerzvorkommen von Cassinga im Süden Angolas. So konnte der Krupp-Konzern Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung beginnen, um die günstigsten Bedingungen der Ausbeutung der Cassingaerze auszuhandeln.

Jedoch änderte die angolansiche Bevölkerung durch ihren bewaffneten Aufstand im Februar 1961 die Situation. Die explosive Gewalt dieser Ereignisse offenbarte in krasser Weise die Schwäche der Portugiesen; sie mußten um Waffenhilfe ihrer Verbündeten in NATO und Südafrika bitten. Ein günstiger Augenblick, durch militärische Unterstützung wirtschaftliche Zugeständnisse des geschwächten Verhandlungspartners zu erhalten, ergab sich sofort.

Die BRD nahm ihre Chance wahr und lieferte wenige Monate nach Beginn des Aufstandes 10 000 Maschinenpistolen und gewährte dem portugiesischen Regime einen Kredit von 150 Mio DM. Damit hatten die BRD-Imperialisten ihre Vorherrschaftsposition entscheidend gestärkt, ganz abgesehen davon, daß die Entfaltung des Befreiungskrieges ihren Ausbeutungsinteressen vor allem am Cassinga-Eisenerzlager zuwiderlief. Deshalb wurde die Versorgung der portugiesischen Kolonialkriegsmaschinerie mit Waffen aus bundesrepublikanischen NATO-Beständen zu einem wesentlichen und kontinuierlichen Faktor des Kolonialkrieges. Ein paar Beispiele seien genannt:

- 1962 16 Aufklärungsflugzeuge Do27 mit technischem Personal aus dem Bomier-Werk in Friedrichshafen;
- 1965 60 Hubschrauber P68 aus kanadischer Produktion;
- 1966 40 Kampfflugzeuge Fiat 91, die zum Bomben- und Maschinengewehrsatz verwendbar sind;

gegenwärtig verdient die Hamburger Werft Blohm und Voss an einem 150 Mio DM Kriegsauftrag der portugiesischen Regierung, drei raketenbestückte Kriegsschiffe mit niedriger Fliegende für den Einsatz auf Flüssen zu bauen.

Unter dem von der BRD gewährten Patentschutz konnten die Vorkriegs über die Ausbeutung der Cassinga-Eisenerze in Ruhe ausgehandelt und die Profitanteile festgelegt werden. Für die Ausbeutung mußten zunächst Anlagen im Werte von 250 Mio DM errichtet werden. Der Krupp-Konzern übernahm 90% der Finanzierung. Diese Mittel dienten gleichzeitig dazu, Aktienanteile der Companhia do Lobito zu erwerben, die die Erzkonzessionen für das Cassinga-Gebiet besitzt. Die Companhia do Lobito, die nun maßgebend von Krupp beherrscht wird, nahm zur weiteren Finanzierung des Cassinga-Projektes beim BRD Bankkapital (Giro-Zentralen, Frankfurter Union Bank) einen 80 Mio DM Kredi-

dit auf 5 Jahre auf, dessen Rückzahlung vom portugiesischen Staat und der portugiesischen Staatsbank garantiert ist.

Dem Krupp-Konzern fiel darüber hinaus die Lieferung der Gesamtanlagen des Projektes zu - eine bedeutende Auffüllung seines Auftragsbestandes; gefordert waren alle Einrichtungen von den automatisierten Förderkränen, Erzwaschmaschine und Erzverladehafen bis zur verbindenden Eisenbahn. Im Juni 1967 war der Aufbau der Anlagen soweit vorangeschritten, daß die Cassinga-Minen ihre Erzproduktion aufnehmen konnten.

Aus den rasch ansteigenden Einnahmen aus den exportierten Erzen (1968: 2 Mio t zu 30 Mio DM; 1969: ca. 1 Mio t zu ca. 100 Mio DM) ziehen im wesentlichen drei Parteien Gewinn: Zum einen das BRD-Banken-Kapital in Form der staatlich garantierten Anleihen; zum anderen das BRD-Industrie-Kapital, das über die Krupp-Beherrschung der Companhia do Lobito Profite erhält, und abzurufen die Gewinne aus dem Export von Kapitalgütern - also koloniale Extraprofite - einzieht; zum dritten der portugiesische Staat, der seinen Gewinnanteil benötigt, um zur Fortsetzung des Kolonialkrieges u.a. Kriegsmaterial aus der BRD kaufen zu können.

Diese Angaben machen deutlich, daß durch die von der BRD gelieferten Bomber und Kriegsschiffe zur Niederschlagung der Befreiungsbewegung der morsche portugiesische Kolonialismus gestützt und die Profite des bundesrepublikanischen Finanzkapitals abgesichert werden sollen. Deshalb hat die Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA) den BRD-Imperialismus als einen ihrer Hauptfeinde erkannt. Erst der Sieg der angolansichen Massen über den portugiesischen Kolonialismus im revolutionären Volkskrieg wird den Profittransfer aus Angola in die industrialisierten kapitalistischen Zentren stoppen. Erst dann können die reichen Rohstofffaul-



Mercedes-Benz
VEHICULOS MUITOS E DIVERSOS PARA TODAS AS NECESSIDADES



len des Landes zur Entwicklung einer eigenständigen Industrialisierung verwendet werden.

Eine solche Entwicklung wird nicht dadurch eingeleitet, daß - wie in Cassinga - hochautomatisierte Anlagen für den den beschleunigten Erzaabbau errichtet werden, die die Produktivkraft Arbeit nicht entwickeln. Es findet dann lediglich ein an Erzproduktionszahlen ablesbares wirtschaftliches Wachstum statt, das jedoch die Unterentwicklung des Landes verstärkt.

Das Beispiel der Entwicklung in den neokolonialistisch beherrschten Staaten Afrikas hat die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien darin bestärkt, daß die wichtigste Bedingung der Befreiung und sozio-ökonomischen Entwicklung ihrer Länder die Mobilisierung und Organisation der revolutionären Volksmassen ist.

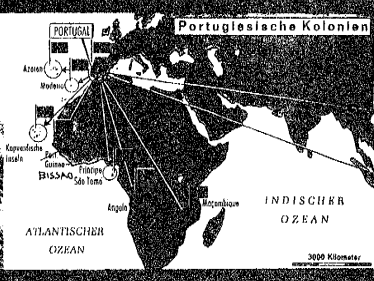
INFI-PROJEKTGRUPPE AFRIKA



DER REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKRIEG
in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

Projektgruppe Afrika im INFI Berlin

Oberbeurteilung
1 Berlin 21, Bundesstrasse 1.



DIE KUMPA NEI BONN / LISSABON BEKÄMPFEN

Die Schiffswerft 'Blohm & Voss' in Hamburg baut speziell für die portugiesische Kolonialregierung drei Fregatten. Sie sind mit Raketen ausgerüstet und haben einen Tiefgang von ca. 1 m, sodaß sie zum militärischen Einsatz auf Flüssen geeignet sind. Diese Fregatten sind für den Völkermord im Kolonialkrieg gegen unser afrikanisches Volk bestimmt. Die erste Fregatte ist bereits am 14. April vom Stapel gelaufen. Im Übrigen wird auf den Kapverdischen Inseln, deren strategische Bedeutung nicht mehr betont zu werden braucht, westdeutsches Kapital im Wert von mindestens 12 Mill. Dollar investiert. Auf der Salzkinsel haben die Vorbereitungen zum Bau eines 'Industrie-Komplexes' für Fischerei und Konservierung (7 Mill. Dollar) bereits begonnen. Die Boavista-Insel wird in ein 'Touristen-Zentrum' verwandelt, dessen erste Baustufe die Errichtung von drei Hotels und einem Flughafen von großer Kapazität (5 Mill. Dollar) vorsieht. Die Pläne für diesen 'Touristen-Komplex' befinden sich derzeit schon in den Büros des portugiesischen Übersee-Ministeriums. Die Salz- und die Boavista-Insel liegen dem afrikanischen Festland am nächsten, wobei die Salzkinsel bereits über einen internationalen Flughafen verfügt, der kürzlich mit Hilfe Südafrikas erweitert wurde.

KOMMUNIQUE DER 'AFRIKANISCHEN PARTEI FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT GUINEA-BISSAOS UND DER KAP-VERDEN (PAIGC)

Mit den in Hamburg gebauten Kriegsschiffen - das ist erwiesen - bekommt die portugiesische Regierung von der BRD jetzt ein wesentliches Werkzeug in die Hand, das den Terroraktionen gegen unsere Bevölkerung dient. Ganz zu schweigen von den bereits gelieferten Saboteur- und Fiat 91 Jagdbombern, die Tag für Tag Napalm und andere mörderische Bomben auf unsere Zivilbevölkerung abwerfen, sowie von hunderten tausenden Waffen aller Art, die die Kolonialtruppen gegen die Bevölkerung und die Freiheitskämpfer unserer Länder, Angolas und Mozambiques verwenden, und abgesehen auch von substantiellen Finanzbeiträgen seitens der BRD, die sich gegen die Interessen unserer Völker unter dem Deckmantel einer 'Entwicklungshilfe' mit der Kolonialmacht auf den Kapverdischen Inseln festsetzt. Wir haben keine andere Wahl, als der deutschen, afrikanischen und der Weltöffentlichkeit insgesamt diese Tatsachen vor Augen zu führen; sie bestätigen die wichtige Funktion, die von der BRD in täglich zunehmendem Maße bei dem Völkermord des Kolonialkrieges, den die portugiesische Regierung gegen unser Volk und gegen ganz Afrika führt, ausgeübt wird.

Somit richten wir an alle Kräfte, die in der BRD und in der übrigen Welt für Recht und Freiheit kämpfen, die dringende Aufforderung, die Kollaboration zwischen den Regierungen in Bonn und Lissabon auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Ebene durch wirksame Aktionen ein Ende zu setzen, da diese Kollaboration im Verlauf des ungerechten und verbrecherischen Krieges gegen unser afrikanisches Volk zu einem entscheidenden Faktor geworden ist. Gleichzeitig bestätigen wir nochmals unsere feste Entschlossenheit, unseren Befreiungskrieg bis zur totalen Liquidation des portugiesischen Kolonialismus zu entfalten, wer auch immer die Komplizen der Kolonialregierung Portugals sein mögen. Die legitimen Hoffnungen und Ziele unseres Volkes vermittelnd lehrt uns dieser Befreiungskampf, der unserem Volk zugleich die größten Opfer abverlangt, auf schmerzliche, aber überzeugende Weise, wer die Feinde Afrikas sind.

26. April 1969

Amílcar Cabral
Generalsekretär
der PAIGC



Prominente Besuche in Portugal

Kriegsfregatten von Blohm & Voss



Forts. v. S. 7

Antwort: Ohne die Miliz können die halbregulären Streikkräfte der IMNA das Gebiet von Mexico nicht kontrollieren, denn es ist **vielmehr so groß wie Portugal**. Daher unternehmen wir große Anstrengungen, um die Miliz zu organisieren und auszubilden. Ihre **Waffen** sind von uns im Landesinneren **politisch und militärisch** ausgebildet worden, und **trotz einiger Nachschubbeschwerden** sind sie **fähig, ihre Gebiete zu kontrollieren** und **beim Schutz der Bevölkerung zu helfen**.

Frage: Im letzten Juni wurde auf einer Versammlung in der Ostregion eine Reihe von neuen Programmen beschlossen. Vielleicht könnten Sie über die Fortschritte, die bei ihrer Verwirklichung gemacht worden sind, berichten? Beginnen wir mit der landwirtschaftlichen Produktion.

schätzlichen Produktion.

Antwort: Die Landwirtschaftliche Produktion in den halb befreiten Zonen ist sehr gering. In jeder Zone ist die Bevölkerung in 30 Gruppen organisiert. Jede Zone hat von 6 Sektoren. In jedem Sektor gibt es ein Revolutionsrätchen-Komitee, eine Massenorganisation, die den Bedürfnissen der Massen dient. Das Komitee hat einen Vorsitzenden, einen Sekretär, einen Schatzmeister usw. Die Komitee-Mitglieder werden durch die Bevölkerung gewählt. Die Bauern in jedem Sektor bewirtschaften kollektiv das, was wir Volkssamen nennen. Alle arbeiten zusammen auf einem Feld. Die Produkte der kollektiven Arbeit kommen allen zugute. Diese Volkssamen sind in allen 30 Zonen gleich weit entwickelt. Grob geschätzt ist der Landwirtschaftsertrag von allen in den Zonen C und D gemacht. Wir haben bereits 30 Kollektive in diesen Zonen. Die wichtigsten Produkte sind Reis, Kanamava, Kartoffeln, Maniok und Mais. Neben der Volkssamen hat jeder noch sein eigenes kleines Feld, auf dem er arbeitet. Aber an bestimmten Tagen muß jeder auf den Volkssamen arbeiten, denn an diesen Tagen setzen wir die Mills dort zum Schutz ein. Wenn sie ein Flugzeug von weitem sehen, ziehen sie sich in ihre Schutzgräben zurück und tanzen esel. Dort sind sie sicher.

Frage: Wieviel Tage in der Woche arbeiten die Bauern auf der Volkssamen?

Antwort: Sie arbeiten 2 Tage auf der Volkssfarm, 2 Tage auf dem eigenen Feld, 2 Tage dienen der Ausbildung, d. h. den Alphabetisierungskursen sowie der politischen und militärischen Ausbildung.

Frage: Für den Bereich der Erziehung und der Kadernachbildung habt ihr Zentren für revolutionäre Ausbildung (CIR) geschaffen. Wie haben sie sich entwickelt?

Antwort: Diese Zentren sind für uns sehr wichtig. Bis Ende 1967 hatten wir bereits mehr als 2000 außerhalb Angolas in verschiedenen Ländern ausgebildete Kadets. Aber wir halten es für wichtiger, sie innerhalb des Landes auszubilden. Uns fehlt Material und wir müssen ohne manche wichtige Dinge auskommen - dennoch haben diese Zentren eine große Bedeutung für uns erlangt. Zwischen August und Februar wurde der erste Kurs

aus abgelehnt, der sehr erfolgreich war. Viele Kader, die hier die Grundlagen ihrer militärischen und politischen Ausbildung erhalten haben, sind nun fähig, in den Massen zu arbeiten und sie zu organisieren. Sie haben auch gelernt, wie man sich selbst am besten erhält, wie man Bäume holt, den Boden bearbeitet, mit, usw.. Am 14. März haben wir mit dem 2. Kurs begonnen. Angola ist ein Land mit vielen Analphabeten - wahrscheinlich mehr als in irgendeinem anderen afrikanischen Land. Die Portugiesen haben abgelehnt diese Situation nicht zu ändern. Das ist nun unsere Aufgabe. Wir können nicht weiter, bis wir frei sind, denken, fühlen, heute schon beginnen unser Volk auszubilden, zu lesen und schreiben zu lehren. **Frage:** Was ist der hauptsächliche Inhalt der politischen Schulung? **Trigt sie wesentlich nationalen oder sozialistischen und internationalistischen Charakter?**

Antwort: Die politische Schulung hat primär nationalen Charakter. Das Volk muß verstehen, daß wir alle Angolaner sind, daß wir eine nationale Einheit sind, daß wir für unser Recht, frei zu sein, kämpfen. Aber wir wissen, daß es noch viele Probleme in Angola geben wird, und das wir unser Volk

ideologisch scheitern müssen, damit es die Massen kann. Wir sind der Meinung, daß die Frage der Ideologie in dieser Partei ein wichtigeren ist. Heute sind wir noch eine Massenbewegung, eine Volksbewegung und noch keine Partei mit fester Struktur. Aber in absehbarer Zeit werden wir eine Partei haben mit einer klaren Ideologie und Struktur. In diese Richtung zu entwickeln, müssen wir schon heute zu beginnen, den Weg dahin vorzubereiten. Deshalb ist die LVA geeignet, daß auf die ideologische Meinung in der Partei. Das Volk selbst braucht, wenigstens zunächst, nur eine nationale Revolution.

Frage: Unterschiedlich ihr dem Volk in euren politischen Stellungnahmen über den US-Imperialismus und den internationalen Faschismus?

Antwort: Wie du weißt, ist unser erster Feind der amerikanische Imperialismus. Und das Volk muß das wissen. Aber der mächtigste Feind sind die USA und deshalb besinnen wir uns, unser Volk über den Imperialismus und besonders über die Führungsrolle der USA aufzuklären. Sie sind der größte Feind der Völker der Welt.

Frage: Wie beurteilst du die Beziehung zwischen einem Kampf in Angola und dem Kampf der Vietnamesen gegen den US-Imperialismus?

Zurück zur USA-Imperialismus?
Antwort: Natürlich gesehen, ist heute der Kauf der Vietnamese der führende Verkaufskampf der Welt. Deshalb sind wir mit den kriegsführenden Nationen solidarisch, und wir kämpfen, dass der Sieg der Vietnamese von unserer Seite ist. Denn wenn Vietnam das schicksal: Land der kapitalistischen Welt gegenübersteht, und schließlich zu gewinnen - und die meisten heute denken, dass der Sieg - dann zeigt uns das, dass wir entschlossen kämpfen und auf unseren Sieg in Asien vertrauen müssen. Der Feind kann sehr nichtig sein, wie die USA oder wie die anderen NATO-Mächte, aber wir werden ihn trotzdem besiegen. Unsere Beziehung zum vietnamesischen Volk ist sehr eng. Wir sind ebenfalls ein unterdrücktes Volk. Das vietnamesische Volk kämpft für seine Freiheit, und wir kämpfen für die gleichen Rechte. Wir kämpfen heute gegen den gleichen Feind, die U. S. gegen den Imperialismus. Deshalb haben wir einigen unserer Streitpunkte und Zonen eines wie Ost-Angola, Kuba, von Peru, von Kuba nicht nur, sondern die Unterstützung der Soldaten, die gegen die amerikanischen Besatzungskräfte des vietnamesischen Volkes.

DIE GRUNDGESETZE VERFASST IM BERLINER VERFASSUNGSGEBET



Roya Luxembourg
nəboru 1. 3. 1871 - armordat 15. 1. 1919

Wie schützte Rosa Luxemburg die November Revolution ein ?

Rosa beschreibt die Novemberrevolution auf dem Gründungszeitag der KPD als "eine Revolution voller Unzulänglichkeiten und Schwächen". "Das war kein Wunder. Es war die Revolution, die nach 4 Jahren in denen das deutsche Proletariat dank der Erziehung durch die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ein solches Maß von Schwach und Verleugung seiner sozialistischen Aufgaben an den Tag gelegt hat, wie sich dafür in keinem anderen Lande uns ein Beispiel bietet."

Rosa konnte 1918 nicht wissen, daß auch in der Weimarer Republik immer noch große Teile der Arbeiterklasse unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehen würden, die von der SPD immer wieder gegen die aktiven proletarischen Gruppen aufgeworrtelt werden würden. Dem SPD-Mitglied Nbrat und der Reichswehr wäre es 1921 und 1923 nicht gelungen, die Arbeiteraufstände blutig zu unterdrücken, wenn die KPD es geschafft hätte, eine Einheitsfront von unten auf Berlin auszuheben, die traditionell sozialdemokratischen Arbeiter in den Kampf einzubeziehen. Wenn Rosa davon spricht, daß die Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg verunsichert und geschwächt worden sei, dann muß man heute feststellen, daß dieser Einheitsfrontsieg durch den Faschismus fortgesetzt wurde. 1933 wurde das Proletariat trotz der klärenden

(geschmückte Städte in den Krieg
zogen) und die 4 Jahre darauf ge-
boten hat (jahrzehnter Stellung-
skriege, über 1 million Tote allein
in der Schlacht um Verdun und
Münster und Ausbeutung in der Heim-
at), plötzlich am 9. November eine
großartige Klassen- und zielbewus-
stete Revolution erlebt; und was
wir am 9. November erlebt haben,
war am 1/4 mehr Zusammenbruch des
bestehenden Imperialismus als Sieg
eines neuen Prinzips! Denn ging
davon aus, daß es größte Unterwerfung
des Proletariats am 9. November
der Verrat der SPD unter Thorst sei.
Sie zog aus den Ereignissen der
vergangenen Wochen (siehe: Die
Ordnung herrscht in Berlin, Teil 1,
883 Nr.47) folgende Schlussfolgerung:
"Wir müssen die Massen erst darin
schulen, daß der Arbeiter- und Solda-
tenrat der Hobel der Staatemaschine
nach allen Richtungen hin
sein soll, daß er jede Gewalt über-
nehmen muß und sie alle in dassel-
be Fahrwasser der sozialistischen
Umwälzung leiten muß. Davon sind

auch noch diejenigen Arbeitermassen, die schon in den Arbeiter- und Soldatenräten organisiert sind, meilenweit entferntem, wenn auch gewöhnlich einzelne kleine Minderheiten von Proletariern, die sich ihrer Aufgaben klar bewußt sind. Aber das ist nicht ein Mangel, sondern das ist gerade das Normale. Die Masse muß, indem sie die Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben! Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen. Wir sind nämlich zum Glück über die Zeiten hinaus, wo es hieß, das Proletariat sozialistisch zu schulen. Diese Zeiten scheinen für die Marxisten von der kautskyschen Schule bis auf den heutigen Tag noch zu existieren. Die proletarischen Massen sozialistisch zu schulen, d.h.: ihnen Vorträge halten und Flugblätter und Brochüren verbreiten. Nein, die sozialistische Proletarierschule braucht das alles nicht. Sie werden geschult, indem sie zur Tat greifen. (In der ersten Sozialdemokratie herrschte der Glaube, daß man die Arbeiter in kapitalismus eines Tages so groß würden, daß das alte System schon von selbst zusammenbrechen würde. Das SPD-Mitglied bereitet sich zielbewußt auf diesen natürlichen Zusammenbruch vor. Es schult sich für den Tag X, um in richtigen Moment eine neue Gesellschaft aufbauen zu können. Der Tag X kam nie.

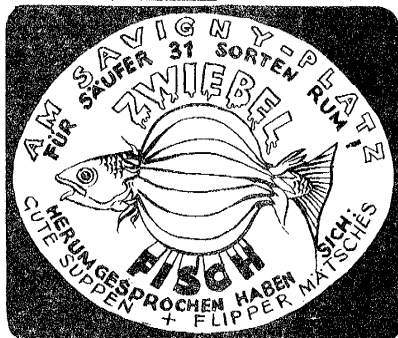
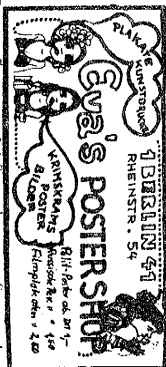
Stattdessen der 9. November 1918. Aber die Revolution war im Schulungsprogramm nicht vorgesehen. Es wurde lediglich ihre Abrechnung mit der alten Sozialdemokratie, ihrem Revolutionsbegriff und ihrem Verrat an der deutschen Arbeiterklasse mit den Worten:

"Der 9. November 1918 war der Versuch, an der öffentlichen Gewalt, an der Klassenherrschaft (der Bourgeoisie) zu rütteln, ein schwächlicher, halber, unbewußter, chaotischer Versuch. Was jetzt zu machen ist, ist, mit vollem Bewußtsein die gesamte Kraft des Proletariats gegen die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft zu richten."



DIE SIEGREICHEN DREI AUS AMERIKA
LEE - LEVIS - WRANGLER
JEANS - SHOP

KANTSTRASSE 154A ECKE FAGANSTRASSE 31 89-03



Fortsetzung in der
nächsten 883:
WIE ANALYSIERTE
DIE SPD DIE SITUA-
TION ?
WAS SAGTE SIE DEM
DEUTSCHEN PROLETA-
RIAT ?
DIE GEGENREVOLUTION
MARSCIERT

"Auf dem Londoner Kongreß kam ich mit Rosa Luxemburg, die ich schon seit 1904 kannte, näher zusammen. Klein, zart, sogar kränklich, mit edlen Gesichtszügen und herrlichen Augen, die Geist sprühten, bezwang sie durch die Stärke ihres Charakters und den Mut ihrer Gedanken. Ihr Stil - konzentriert, präzise, erbarungslos - wird stets ein Spiegel ihres heroischen Geistes bleiben. Sie war eine vielseitige, an Nuancen reiche Natur. Die Revolution und ihre Leidenenschaften, der Mensch und seine Kunst, die Natur, ihre Vögel und Gräser waren in gleichem Maße fähig, Rosa Luxemburgs Seele, die viele Saiten hatte, ins Schwingen zu bringen...In näheren persönlichen Beziehungen stand ich zu Rosa Luxemburg nicht: dazu waren unsere Beziehungen zu kurz und zu selten. Ich bewunderte sie aus der Ferne. Und ich habe sie in jener Zeit vielleicht doch nicht hoch genug eingeschätzt..."

"Bettendorfs Briefe"

Springer kniff

ABER AM 16.2. IST ER DRAN

Durch die ehrlosen Gemäuer des Mobilitäts Baues für Klassenjustiz erglänzte die Alarmsirenen. Die Grünröcke griffen zu ihren Schlägerwaffen, die immer dann zu Wort kommen, wenn der Obrigkeit vor Entsetzen über verweigerten Gehorsam das Maul offen stehen bleibt.

Es war skandalös. Die Roten Zellen trieben ihr Unwesen.

Schon in christlicher Morgenfrühe waren die Genossen durch die abgeschotteten Türen des Unrechtspalastes eingekerkert. "Springer vor Gericht" hatten sie gefordert. Der Gentleman war zu diesem Montag (dem 2. Februar) als Zeuge im Mahler-Prozeß geladen. Aber er kniff.

Mit der Begründung, wichtige Termine im Interesse der Verschönerung seines Imperiums nicht absagen zu können, versuchte er sich vorerst zu drücken. Ein Anwalt teilte jedoch mit, sein Brotherr würde sich am Montag, dem 16. 2., der Gerichtsbarkeit stellen. Eine Woche, nachdem am 9. Schütz aussagen muß, werden wir auch Gelegenheit haben, Herrn Springer unsere Ovationen zu bereiten.

Nur wenige Minuten dauerte an diesem Montag die Verhandlung. Dann wurde vertagt.

Die Genossen besuchten andere Prozesse. Sie platzen in eine Strafsache wegen schweren Diebstahls herein. Stummelte überrascht der Vorsitzende: "Wer sind Sie?" Die Genossen: "Wir sind die Öffentlichkeit." "Wir sind das Volk, in dessen Namen Sie Recht sprechen."

Als die Genossen bei einer Verurteilung nicht aufstünden, wurden sie rausgeschmissen und aus dem Hause gedrängt.

Den Robenträgern und Bütteln werden die Sprechchöre, die durch das Echo in den Gängen massenhaft verstärkt klangen, nicht so schnell aus den Ohren kommen: HÄNDE WEG VON MAHLER!

Mit dieser Parole haben wir am 4. November 68 den wohl heftigsten Angriff auf eine Institution des Herrschaftsapparates geführt.

Viele gaukelten sich nach der Schlacht am Tegeler Weg vor, ein Stück dem Ziele, die Klassenjustiz zu zerschlagen, näher gekommen zu sein.

Andere begannen zu grübeln. Sie begriffen, daß sie in eine Sackgasse stürzten. Sie lernten zu: Man kann das System nicht in Reiten zerbröckeln. Überall ein Teilstück des Kapitalismus zu zerstören war die falsche Parole. Den Kampf gegen die Justiz offensiv zu führen war ein Fehler. Die simple Zielsetzung der Zerschlagung hatte die Lernprozesse blockiert.

Eine lange Periode planloser und unorganisierter Aktionen bezeichnet den mühevollen Prozeß der Neubestimmung. Teilerfolge bei der Verunsicherung des Apparates machten es schwer, Illusionen und falsche Positionen über Bord zu werfen.

Die Aktionen der Genossen von den Roten Zellen am Montag in Moabit deuten die neue Linie an. Die Hauptpunkte sind die Organisation eines effektiven Genossenschutzes durch die Rote Hilfe (Beratungsstellen, Solidaritätsfönd, Richtlinien über das Verhalten vor Gericht u.a.) und die Konzentrierung auf einzelne politisch wichtige Verfahren besonders gegen Arbeiter.



Die Schuldgefühle wucherten wild drauflos

in Theorie & Praxis

Die Genossen wandern in den Knaat Der Bundesgerichtshof entschied am 13. Jan. im Revisionsverfahren endgültig: Rolf P. Sch. muß sieben Monate Gaston 9 Monate sitzen.

Die Reaktion der Genossen und derer, die sich schon dafür halten, ist durch alle Faktionen und Pseudofaktionen hindurch hilflos-unsozialistisch. Es wäre falsch, moralisierend über den Verlust an Solidarität zu lamentieren. Was wir versuchen müssen, ist aus der Kritik an der bisherigen Justizkampagne zu neuen Formen der politischen Auseinandersetzung mit der Justiz zu kommen. Einige der Fehler sollen am Hand dieses Falles benannt werden und es gilt zu fragen, ob diese Fehler historisch notwendig waren.

Rolf und Gaston (Rudis Verfahren wurde abgetrennt) standen im Jan. 69 unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs, weil sie am 27.11.67 mit 1000 Genossen den demonstrativen Versuch unternommen hatten, den Prozeß gegen Fritz Teufel für einen Tag zu verhindern und dabei Hamburger Reiter von ihrem ordnungsgemäßen Platz entfernt hatten, um damit auf einen Justizskandal und die Kollaboration mit den politischen Instanzen Berlins hinzuweisen.

Fritz Teufel war am 2. Juni 67 während der Demonstration gegen den Schah vor der Berliner Oper verhaftet worden und wurde fünf Monate gegen alle ordentlichen Beweise unrechtmäßig in Untersuchungshaft gehalten. Hinter vorgehaltener Hand gaben die verantwortlichen Staatsanwälte zu, daß kein Haftgrund mehr bestanden habe. Dieses Vorgehen sollte sowohl abschreckendes Beispiel für die anwachsende politische Opposition sein als Tribut für den unfreundlichen Empfang des Papstes, ne-Schahs, der mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen drohte, falls niemand für die Aufklärung über die Verhältnisse in Persien bestraft würde. Was schon bei Teufels Verhaftung klar war, mußte die Justiz schließlich mit dessen Freispruch feststellen.

In diesem Prozeß gegen Rolf und Gaston wurde der letzte Versuch unternommen, die mehr und mehr abflauende Justizkampagne zu retten. Nach der politischen Satire des Teufelprozesses war es in zwischen ernst geworden. Die Urteile galten zwischen zwei und elf Monaten ohne Bewährung. Es war notwendig geworden, gegen die Justiz etwas zu unternehmen. Es wurde die Parole von der Zerschlagung der Justiz ausgegeben. Die Genossen vor Gericht sollten ihre Angst vor der Justiz durch provokatives Auftreten und politischer Argumentation überwinden und dabei unterstützt werden durch die Genossen im Zuschauerraum. Damit hofften wir die beobachtbare Verunsicherung der Justiz vorantreiben zu können.

Ausgehend von der marcusischen "unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung", die nicht mehr auf Realität Rücksicht nahm, meinten wir durch einen Angriff auf den Justizapparat den gesamten Staatsapparat stürzen zu können. Schnelligkeit wie wir waren und sind, stand in unserem Bewußtsein die Revolution jeden Tag, bei jeder Aktion ins Haus. Allmachtsphantasien wurden nur kurz durch Polizeiknüppel gestört. Bedenken und analytische Ansätze über den kapitalistischen Staat konnten nicht durch diese Euphorie dringen. Das hatte auch sein Gutes; den ohne den verzweifelten Willen wäre es nicht zur Straßenschlacht am 4.11.69 gekommen und damit zur Erfahrung, daß wir nicht immer die Geschlagenen zu sein brauchen.

Die Theorie von der Möglichkeit der Zerschlagung der Justiz erfuhr noch eine theoretische und praktische Ausweitung; in den hunderttausende, die jährlich durch die Justizmühlen wandern, zum revolutionären Subjekt erklärt wurden, denen man bloß noch bewußt zu machen brauchte, das sie Opfer des autoritären Staates sind. Hier verband sich die Theorie über die Justiz mit der Theorie, daß man sich an die Geschlagensten und Verkrüppelsten (Randgruppen: Obdachlose, Heimkinder usw.) halten müsse, weil sich doch auf Grund ihrer Situation am leichtesten zu politisieren sein müßten.

Getragen von den Schuldgefühlen der privilegierten Studenten wucherten Theorie & Praxis wild drauflos, weil schon damals die "Klassenanalyse" nicht vorliege, die uns die zentralen Ansatzpunkte klar gemacht und die Relativierung des narzisstischen Führungsanspruches der Intellektuellen vorangetrieben hätte. Wir mußten diese Erfahrungen machen, um uns immer eindringlicher die Notwendigkeit der Analyse unserer Gesellschaft zu Bewußtsein bringen zu können.

Bis zu diesem Prozeß war die Tendenz der Urteilshebe steigend. Gleichzeitig beklagten wir die immer mehr abnehmende Solidarität der Genossen, die kaum noch Interesse an den Prozessen zeigten. Aus dem ersten zogen wir nun den Schluß, daß auch in diesem Prozeß mit hohen Strafen zu rechnen sei und begriffen nicht, daß der Justizapparat durchaus nicht ins Wanken geraten war, sondern um so wütender um sich schlug und traf, je mehr wir ihn frontal angriffen.

Aus der zweiten Tatsache zogen wir die Konsequenz, um so intensiver abstrakte, politisch nicht ausgewiesene Solidarität moralisierend zu fordern. Wir begriffen nicht, daß das Verbleiben nicht bloß Verdrängung der beschissenen Situation der Angeklagten war, sondern praktische Kritik an der Justizkampagne. Dahinter steckte die Einsicht, die abstrakt längst der Guerilla-Taktik gewonnen war, daß man den Feind nicht in der offenen Feldschlacht angreifen darf, wenn man in der Minderzahl ist und über die schlechtere Ausrüstung verfügt.

NEU AB 24.1.
Böser Specht
CAFE & TEFSTUBE
ALS AUCH
BIERSCHANKWIRTSCHAFT
Riemeisterstr. 39b
ECKE
SOPHIE-CHARLOTTE-STR.
10-4⁰⁰/ZEITUNGEN, BÜCHER
EINE LINKE KNEIPE
IN ZEHLENDORF

GO-IN
BLEIBTREUSTRASSE 117
FOLKLORE
CAFE-THEATER
GALERIE
LYRIK FILMCLUB

Buchhandlung

Karin Röhrbein
INTERNATIONALE LINKE PRESSE
POLITIK & SOZ.
tel 881 46 59

teestube
Galerie Gellhaus
150 KONTIN
TEA
Warme Küche
Zwiebelsuppe.

Schwarze Rose
Als ich das preisaktuelle Lokal verließ, das Schwarze Rose hieß, standen vier Schläger vor der Tür und spielten Schlußverkauf mit mir. Aber "Rote Hilfe" stand auf dem Sparschwein nur, das auf der Theke parkte und aus Plastik war. Und eine Platte quakte die Internationale, während die "Genossen" einen Kümmel auf den roten Knorpel gossen. Diese münchegesichtigen Ärsche sahen ruhig an, wie sich bald ne neue Keilerei entspann. Und während die Kerle dem nächsten eine drücken verbrüdern im Geiste am Flipperautomat sich die Genossen dem Proletariat.

Borislav

annapam
DAHLEM-DORF KÖNIGIN-LUISE STR.40
U-BAHN A 68, 10.1
NEBEN JURGENS BUCHLADEN

ultima ratio hildegardstr. 25
ultima ratio hildegardstr. 25
ultima ratio hildegardstr. 25
ultima ratio hildegardstr. 25
10.00 bis ende, außer dienst
schmalzstullen, küchenspezialität
ultima ratio hildegardstr. 25
pinte
ultima ratio hildegardstr. 25
ultima ratio hildegardstr. 25



Forts.
v. Seite

Das man unnütze Opfer vermeiden muß. Nur wagte es keiner auszusprechen; tat er es, wurde es überhört, weil wir uns der Notwendigkeit und des Erfolges sicher waren.

In der masochistischen Imponier-sucht vor den prüfend lauschenden

Genossen in den Zuhörerbänken und in der irrationalen Hoffnung mit diesem Prozeß noch einmal eine politische Öffentlichkeit herstellen zu können, wurde auf Kollisionskurs gegangen. Flugblätter und Comir wurden gedruckt, mit Magaphon die Leute in der Uni aktiviert.

Es ergab sich die schon auch für den Justizbüttel vertraute Situation, oben ein autoritär keifender und hysterischerflatternder Richter, der nichts begriff, die Polizei trug ihre Revolver- und Knüttelpotenzen zur Schau. Die Zuhörer lachten, schrieen und standen nicht auf, wurden rausgeschmissen usw.

Fast gespenstisch wurde aneinander vorbei geredet. Beide Seiten waren stolz darauf, daß der andere sie nicht begriff. Es hat schon etwas Rituelles, wie die Sache des Gerichts und die analytischen richtigen Aussagen von Verteidigern und Angeklagten im Raum stehen blieben, weil das Ende klar war. (Siehe Ausschnitt)

In der Zeitung standen immer kürzere Berichte. Die Einsicht hatte sich längst durchgesetzt, daß, wer erst einmal in die Kühle hineingerät, nur durch viel Schliche wieder herauskommt. Aber gerade diese Schliche wollten wir nicht benutzen. In revolutionärer Puristerei sollte der Schirllingsbecher bis zum letzten Tropfen ausgekostet werden. Wir hatten von der Notwendigkeit gesprochen, unsere Angst zu überwinden, überwand sie auch während des Prozesses, um dann mit einer viel grösseren und realeren Konfrontation zu werden, nämlich tatsächlich sitzen zu müssen. Wir meinten, die Justiz ausgetritzt zu haben und saßen selber in der Falle. (siehe Urteilsbegründung).

Andererseits müssen wir aber auch sehen, daß erst durch diese eindeutige Frontstellung gegen die Justiz der wir und opportunistisch zu beugen nicht instande sahen, wir erst in die Lage versetzt wurden, ihren Charakter und ihre Funktion zu begreifen und begreifbar zu machen. Insofern kommen wir nicht umhin, unsere Fehler als historisch notwendig zu begreifen. Und wir dürfen auch nicht übersehen daß für viele Genossen die Auseinandersetzung mit der Justiz eminent emanzipatorische Funktion gehabt hat.

Wir sind dann in eine weitere Falle getappt, die unmittelbar zusammenhängt mit unserer revolutionären Ungeduld, die sich wie ein roter Faden durch unsere gemeinsame Geschichte zieht. Wir haben nicht versucht, aus unseren Fehlern zu lernen, die Justizkampagne wurde einfach für tot erklärt. Wir haben nicht versucht, das was richtig und falsch an ihr war, zu analysieren, die Erkenntnisse zu verallgemeinern und den Kampf auf einer qualitativ höheren Stufe fortzusetzen. Falsch war die Einschätzung, die Justiz isoliert zerschlagen zu können. Der Staat eilt ihr zu Hilfe; wenn zu viele Leute in Widerspruch zum Justizsystem geraten und aufwachen beginnen, muß es geändert werden; denn die Rebellion gegen ein zu bödes Justizsystem, das nicht entlang der Stromlinie der Kapitalinteressen geformt ist, wäre zu gefährlich für den Kapitalismus. So wird jetzt mit der Amnestie und den sonstigen Reformen wiederum Sand in die Augen gestreut, nicht aus Mildtätigkeit, sondern um die Justiz arbeitsfähig zu halten.

Indem wir dies alles unter den Tisch wischen, sowohl das allgemeine des Kampfes gegen die Justiz als auch das Individuelle der Genossen, die ins Gefängnis müssen, in dem wir dieser kollektiven Verdrängung verfielen, machten wir die Prozesse zu individuellen Fällen,

KREUZBERGER
BUCHLADEN
1-61, GROSSBEERENSTR.
Ecke Yorckstr.



URTEILS-BEGRÜNDUNG

Andererseits würden Mindeststrafen die Tatschuld nicht ausschöpfen und den Zweck der individuellen Abschreckung verfehlen. Die Angeklagten nahmen an keinem gewöhnlichen Straßentumult teil, sondern veranstalteten einen Sturm auf ein Gerichtsgebäude, um die staatliche Rechtspflege teilweise lahmzulegen. Ein Angriff auf die Wirkungsstätten der Dritten Gewalt offenbart die bedingungslose Entschlossenheit der Angeklagten, durch massiven Straßenterror das öffentliche Leben in Berlin empfindlich zu stören, um ihren umstürzlerischen Zielen näherzukommen. Ihr Treiben ist gemeinschädlich und verbrecherisch. Der Staat muß sich ihrer mit der ihren Methoden angepaßten Härte erwehren, will er die nach dem zweiten Weltkriege errichtete freiheitlich-demokratische Grundordnung als die vom Volkswillen geschaffene und getragene Staats- und Gesellschaftsform gegen die Angriffe der militanten Gruppe anarchohistorischer Zerstörer bewahren. Die Schuld des GASTON wiegt schwerer, weil er noch während der Räumungsaktion andere Demonstranten zum Widerstand aufreizte und selbst mehrfach gegen die Polizeikette vorstürmte. Strafschärfend war es schließlich beiden Angeklagten anzurechnen, daß sie sich in der Hauptverhandlung bis zuletzt halsstarrig jeder Rechtsbelehrung verschlossen und darauf beharrten, ihr angemessenes politisches Mandat durch gewaltsame Übergriffe gegen die staatlichen Ordnungskräfte und Gerichte betätigen zu dürfen.

Für GASTON waren danach neun Monate Gefängnis und für ROLF sieben Monate Gefängnis schuldangewessen.

Der völlige Mangel an Unrechtseinsicht läßt von beiden Angeklagten künftig kein gesetzmäßiges und geordnetes Leben erwarten (§ 23 Abs. 2 StGB), so daß eine Strafaussetzung zur Bewährung nicht in Betracht kam.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 465 Abs.1 Satz 1 StPO.

Wienecke

Franz

Neye

Ausgefertigt

(Lück) Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin



nicht irgend eine, die beste PIZZA
PIZZA ROMA

PIZZERIA ROMA

am RATHAUS SCHÖNEBERG III
Treffpunkt der Linken

Beltziger Str. 60 tgl. ab 18 h Tel. 7115 80

wurden wir zu politischen Sektierern. Unser Verhältnis zur Justizkampagne und zu den angeklagten & verurteilten Genossen ist symptomatisch für unser Verhältnis zur lauthals geforderten Revolution. So brauchen wir uns auch nicht zu wundern oder aufzuregen, wenn schon scheinbar aus heiterem Himmel Bomben fallen. Wir können uns unsere Denunziation sparen, denn wir haben selber Schuld, wenn die Genossen eine diffuse politische Praxis betreiben. Wir alle haben den politischen Diskussionszusammenhang zerstört und die Selbstkritik zum nicht-praktizierten Dogma gemacht. Lehren:

1. Da die Justiz immer gestützt wird von Staat, Polizei und Militär ist der Kampf gegen die Justiz Teil des gesamten Kampfes gegen den Kapitalismus.
2. Die Justiz auf das Auge hauen, auf dem sie gerade blind ist. Das heißt, unterwandern nicht herausfordern, den auf Herausfordern kann sie reagieren, auf Unterwandern schlechter.
3. Freisprüche u. Bewährung durch Listigkeit u. politische Argumente erkämpfen. Denn man ist nicht dann besonders politisch, wenn man im Knast sitzt, sondern wenn man draussen politisch arbeitet.
4. Genossen, die vor Gericht stehen, durch politisch ausgewiesene Parallelen in der Stadt unterstützen.
5. Aus den Fehlern der Demonstrationen lernen. Greiftrupps greifen Tücher vor's Gesicht, weglaufen wenn gefährlich, zuschlagen wenn günstig, nicht in die offenen Kameras laufen. Die bürgerliche Öffentlichkeit denunziert eh.
6. Jurastudium, wenn psychisch und physisch in der Lage möglichst beenden, um als kommunistischer Anwalt die Genossen herauszuholen.
7. Fraktionsmanager raus-schmeissen, politisch diskutieren und arbeiten.
8. Beendigung der abstrakten theoretischen Diskussion in der RPK u. Gründung der Roten Hilfe.

★ KOLLEKTIV GRAFIK

familienanzeigen

Telefon 852 49 18

Plakate, Handzettel, Karten im Hochdruck (Buchdruck, Holzschnitt), Siebdruck, Tiefdruck, Radierungen, Holzschnitte und Handzeichnungen aus der Werkstatt.

Reichskabarett

1 - 14, LINDBERGERSTR. 6, Tel. 681 06 17, tgl. aus. Fr. 2000
Program: ALLES HAT SEINE GRENZEN!
Fr. 10, 22 Uhr Theaterburg & Co - Fr. 10, 20. Theater F. Finkel





Gott ist ein Arschloch

Der Mann lächelte das Mädchen an und stach ihr durch die Augen ins Gehirn. Er füllte ihren Schädel mit Urin.

Auf der Straße rammelten homosexuelle Hunde Zungen schleiften in staubigen Kot.

Der Mann zerstückelte die Leiche und saugte das Gedärm aus. Er bestäubte das Bett mit Dünnschiss, den er geifernd beröch. Er fand ein kreischendes, häßliches Baby, das er zerriß.

Kühe leckten Geschlechtsteile. Geifer troff in zuckenden Fäden auf Brüste.

Der Mann schlang Windeln mit faulenden Exkrementen, die wabbelten.

Der Galgen lachte dröhnend. Der Erhängte klapperte. Dann kotzte der Galgen.

In der Gaststätte verstopfte der Mann den Bierhahn mit dem Penis des Wirtes. Gäste klatzten freudig Beifall, soßen Blut und saugten eitriges Hoden aus.

Wolken zerstoben brüllend und schossen mit Maden durchsetzte Aas in die stinkende Vagina der Göttin.

Der Mann zerkrachte Schädel und klatschte mit Scheiße durchgeorenes Harn in die Presse Gottes.

Giraffen kauten stinkende durch Syphilis bereicherte Elefanteneicheln.

Die Menschen der Stadt labten sich am Kot. Der Mann ertränkte vier Greise, die sabberten.

Der Mond kotzte Eisen. Die Sonne pigrit.

Der Mann ging in die Kaserne und befahl einhundert Soldaten zu verrecken. Aas zerfloß wollüstig.

Gott gähnte.

Der Mann zerhackte faulige Leichen. Würmer standen zackig stramm und empfingen Orden.

Der Gott schlug der Göttin Bäume ein, soß Urin und lallte besoffen. Mit Faustschlägen zerramte er Kirchen. Er kicherte meckend höhnisch.

Der Mann bekackte Jesus. Die Menge jubelte und wstete durch blubbernde, Bissen qualende Jauche.

Riesenvögel keiften widerlich schrill beim Scheißen; verreckten eben ewig öde verwesend.

Der Mann da grinste immer wieder am After. Man kackte krachend kranke Kacke am Arsch.

Gott folterte froh volle Fotzen.

Der Mann zermanschte Geschlechtsteile.

Die Göttin verreckte furzend.

Die Stadt zerbrach in Trümmer. Soldaten humpelten Mutterkuchen kauend, Fruchtwasser schluckend.

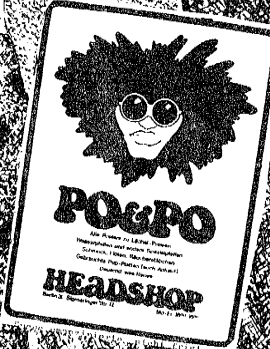
Bäume rülpten stinkend wurden Geschlechtspfähle und begatteten Gott anal.



883
HAT
IMMER
WIEDER
TEXTE
NICHT
ABGEDRUCKT



DIESEN
PIER Z.B.
AUS FURCHT
VOR
DER HEILIGEN
KIRCHE
UND
ANGST
VOR
BECKMES-
SERNDEN
SOZIALISTEN



RUPPIK 1966/67